

Boysen-Hogrefe, Jens et al.

Article

Deutsche Konjunktur im Winter 2015 - Aufschwung gewinnt wieder an Fahrt

Kieler Konjunkturberichte, No. 14

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boysen-Hogrefe, Jens et al. (2015) : Deutsche Konjunktur im Winter 2015 - Aufschwung gewinnt wieder an Fahrt, Kieler Konjunkturberichte, No. 14, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/209426>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Deutsche Konjunktur im Winter 2015

Kieler Konjunkturberichte Nr. 14 (2015 | Q4)

Aufschwung gewinnt wieder an Fahrt

Jens Boysen-Hogrefe, Salomon Fiedler, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Martin Plödt und Galina Potjajailo

Die deutsche Konjunktur gewinnt wieder an Fahrt. Nachdem sich der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion zuletzt etwas abgeschwächt hat, zeichnet sich für die kommenden Quartale ein merklich erhöhtes Expansionstempo ab. Zwar tendierte die Industrieproduktion in den vergangenen Monaten zur Schwäche, auch weil die Ausfuhren im dritten Quartal nahezu stagnierten. Allerdings war die Zuversicht der Unternehmen zuletzt wieder deutlich aufwärtsgerichtet und signalisiert eine hohe konjunkturelle Dynamik. Dies gilt vor allem für die Unternehmen im Dienstleistungssektor, die ihre Lage so gut einschätzen wie seit dem Wiedervereinigungsboom nicht mehr. Getragen wird der Aufschwung nach wie vor durch den privaten Konsum, dessen hohe Zuwächse sich aus den kräftigen realen Einkommensanstiegen der privaten Haushalte speisen. Hinzu kommt, dass die Ausfuhren, gestützt durch die Abwertung des Euro, wohl bald wieder an die hohen Zuwachsraten der ersten Jahreshälfte anknüpfen können und dass sich die allgemein sehr investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen mehr und mehr in ein höheres Expansionstempo bei den Anlageinvestitionen übersetzen werden. Alles in allem rechnen wir mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 2,2 Prozent bzw. 2,3 Prozent in den Jahren 2016 und 2017, nach einem Anstieg von 1,8 Prozent im laufenden Jahr. Damit revidieren wir unsere Prognose für das kommende Jahr leicht nach oben, vor allem weil wir die zusätzlichen Aufwendungen für die Flüchtlinge nun höher einschätzen als noch vor drei Monaten.

Kasten 1:

Annahmen zur Flüchtlingsmigration und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt (S. 9)

Kasten 2:

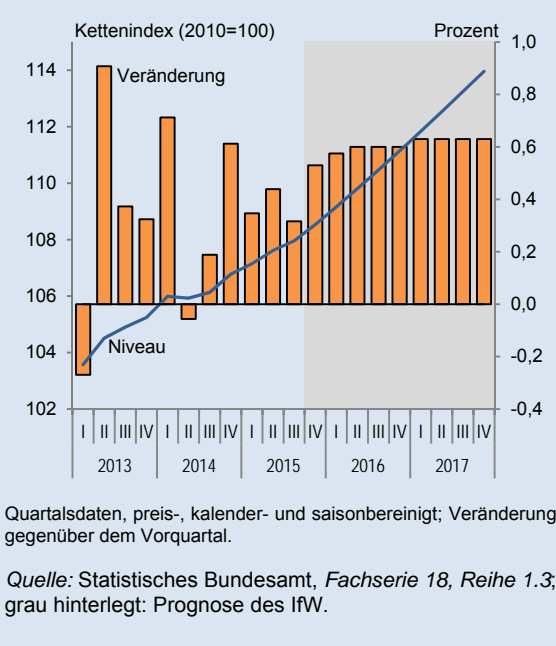
Auswirkungen des Flüchtlingszustromes auf die öffentlichen Haushalte (S. 11)

Kasten 3:

Zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen (S. 13)

Der Aufschwung in Deutschland setzt sich fort. Auch wenn die konjunkturelle Dynamik im dritten Quartal etwas an Schwung verloren hat, sind die Expansionskräfte in Deutschland weiterhin intakt. Die zuletzt verzeichnete leichte Abkühlung rührte vor allem von einer infolge des stagnierenden Auslandsgeschäfts gedämpften Aktivität in der Industrie. Obwohl die Bauwirtschaft gemäß Umfragen eine steigende Kapazitätsauslastung meldete, wurde eine etwas geringere Wertschöpfung ausgewiesen. Demgegenüber expandierten die Dienstleistungsbereiche mit Ausnahme der Finanzwirtschaft weiterhin lebhaft. Zwar sprechen die derzeit vorliegenden „harten“ Indikatoren, wie die zuletzt erneut schwache Industrieproduktion, für eine moderate Zunahme des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal. Gleichwohl rechnen wir mit einem recht kräftigen Anstieg um 0,5 Prozent (Abbildung 1). Dafür spricht, dass die Unternehmenszuversicht eine hohe konjunkturelle Dynamik signalisiert. Dies gilt insbesondere für die Unternehmen im Dienstleistungsbereich, deren Umfrageergebnisse in gängigen Frühindikatormodellen häufig unterrepräsentiert sind. So schätzen die Unternehmen in diesem Wirtschaftsbereich ausweislich der Umfragen des DIHK ihre Lage so gut ein wie zuletzt während des Wiedervereinigungsbooms. Hinzu kommt, dass die zusätzlichen Ausgaben für die sehr hohe Flüchtlingsmigration das Bruttoinlandsprodukt vor allem im Winterhalbjahr merklich anschieben dürften. Schließlich werden die zuletzt dämpfenden Einflüsse aus dem Ausland im Prognosezeitraum wohl nicht fortbestehen, sondern wieder unterstützend wirken. So zeichnet sich in den wichtigen Abnehmerländern eine höhere konjunkturelle Dynamik ab. Zudem hat die auf absehbare Zeit stark expansiv ausgerichtete Geldpolitik im Euroraum

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2013–2017



den Außenwert der Währung gedrückt, wodurch sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure verbessert hat. Binnenwirtschaftlich wird die weiterhin aufwärtsgerichtete Beschäftigungsentwicklung durch spürbare Lohnzuwächse begleitet, so dass die Masseneinkommen kräftig zunehmen und den privaten Verbrauch befeuern werden. Hierzu tragen zudem Kaufkraftgewinne durch gesunkene Ölpreise bei. Zusätzliche Nachfrageimpulse

gehen von den Mehrausgaben zur Unterbringung und Integration der Flüchtlinge aus. Auch der Wohnungsbau wird bedarfs- wie finanzierungsbedingt weiter kräftig zulegen. Mit steigender Auslastung dürften auch die Unternehmensinvestitionen den im Sommer unterbrochenen Expansionskurs fortsetzen, zumal die Finanzierungsbedingungen weiterhin historisch günstig bleiben. Alles in allem erwarten wir für das laufende Jahr einen Zuwachs der Wirtschaftsleistung um 1,8 Prozent (Tabelle 1).

Im den nächsten beiden Jahren erhöht sich das Expansionstempo des Bruttoinlandsprodukts auf reichlich 2 Prozent. Angesichts einer Potenzialwachstumsrate von knapp 1 ½ Prozent gerät die deutsche Wirtschaft somit, ausgehend von einer geschlossenen Produktionslücke in diesem Jahr, im weiteren Prognosezeitraum mehr und mehr in die Überauslastung. Das Verbraucherpreisniveau, das sich im laufenden Jahr infolge gesunkener Ölpreise kaum verändert hat, dürfte mit Raten von 1,2 Prozent (2016) und 1,8 Prozent (2017) wieder deutlicher zulegen. Die Erwerbstätigkeit steigt weiter kräftig. Nicht zuletzt aufgrund der hohen Flüchtlingsmigration kommt der Abbau der Arbeitslosigkeit zum Stillstand. Die Arbeitslosenquote dürfte in beiden Jahren bei 6,3 Prozent verharren.

Tabelle 1:
Eckdaten für die wirtschaftliche Entwicklung 2014–2017

	2014	2015	2016	2017
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,6	1,8	2,2	2,3
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	1,7	2,0	1,8	1,8
Verbraucherpreise	0,9	0,3	1,2	1,8
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,4	0,6	1,2	1,4
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	42 703	43 027	43 441	43 870
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,7	6,4	6,3	6,3
<i>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt</i>				
Finanzierungssaldo des Staates	0,3	0,9	0,1	0,2
Schuldenstand	74,9	70,9	68,2	64,7
Leistungsbilanz	7,3	8,8	8,7	8,5

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Die Finanzierungsbedingungen in Deutschland sind günstig, haben sich zuletzt aber nicht mehr verbessert. Die Renditen dreijähriger Unternehmensanleihen liegen mit 2,8 Prozent im historischen Vergleich weiterhin auf sehr niedrigem Niveau, allerdings nahmen sie gegenüber ihrem Tiefststand im Frühjahr 2015 zuletzt wieder etwas zu. Auch ihr Abstand zu fünfjährigen Bundesanleihen weitete sich seit dem Sommer wieder aus. Des Weiteren verharrten die Darlehenszinsen zuletzt bei unter zwei Prozent für private Immobilienfinanzierungen sowie größere Unternehmensdarlehen und unter drei Prozent für kleinere Unternehmensdarlehen. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch in der ifo-Befragung zur Kredithürde: insgesamt meldeten 13,3 Prozent der Unternehmen eine restriktive Kreditvergabe durch die Banken. Dies entspricht zwar einem leichten Anstieg über die letzten drei Monate, im längerfristigen Vergleich handelt es sich damit aber immer noch um eine sehr lockere Vergabepraxis.

Die Kreditexpansion wird weiterhin vom Wohnimmobiliensegment getragen. Insgesamt nahmen die Buchkredite deutscher Finanzinstitute an den inländischen nichtfinanziellen privaten Sektor im Oktober um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Dies entspricht einem Zuwachs von 30,8 Mrd. Euro. Allerdings beschränkte sich der Anstieg auf den Bereich der privaten Wohnungsbaukredite, welche um 3,7 Prozent zulegten. Kredite für andere Zwecke an Privathaushalte und für nichtfinanzielle Unternehmen nahmen dagegen um 0,5 bzw. 0,7 Prozent ab. Das Bank Lending Survey deutet darauf hin, dass diese Entwicklung vor allem nachfragegetrieben ist: in den letzten drei Quartalen berichteten per saldo jeweils mehr als 40 Prozent der Banken von einer gestiegenen Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten, während die Werte für die anderen Kreditarten deutlich niedriger waren. Demgegenüber wurden die Vergaberichtlinien per saldo kaum verändert.

Der Kreditimpuls dreht wieder leicht ins Plus. Der Kreditimpuls, also die Veränderung

der Nettoneuvergabe, der in der ersten Jahreshälfte 2015 negativ war, nahm zuletzt wieder positive Werte an. Zu dieser Entwicklung trug insbesondere das Durchschreiten einer Talsohle bei den Unternehmenskrediten bei. Es stehen derzeit also Mittel für eine Ausweitung der Investitionstätigkeit zur Verfügung.

Die Europäische Zentralbank hat abermals ihre Geldpolitik gelockert. Die EZB gab Anfang Dezember bekannt, dass die monatlichen Anleihekäufe von 60 Mrd. Euro bis mindestens März 2017 durchgeführt werden sollen. Dies entspricht einer Erweiterung um sechs Monate, wodurch die Bilanz des Eurosystems um weitere 360 Mrd. Euro verlängert würde. Außerdem sollen Rückzahlungen aus fällig werdenden Anleihen reinvestiert werden. Dadurch wird ein Zurückfallen hinter das gewünschte Programmvolumen verhindert. Um sicherzustellen, dass genügend Wertpapiere für die geplanten Käufe gefunden werden können, passte die EZB die Konditionen ihres Programms an. So sollen fortan auch Schuldtitel regionaler und lokaler Gebietskörperschaften erworben werden dürfen. Weiterhin wurde der Zins für die Einlagefazilität auf -0,3 Prozent gesenkt. Dies ist bedeutsam, da Papiere mit einer Rendite unter diesem Zins vom Ankauf ausgeschlossen sind. Des Weiteren beschloss die Zentralbank, mindestens bis Ende 2017 Haupt- und dreimonatige Refinanzierungsgeschäfte als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen. Einige Finanzmarktakteure hatten offenbar mit einer noch stärkeren Lockerung gerechnet. Als diese ausblieb, wertete der Euro um rund vier Cent auf 1,09 US-Dollar auf.

Der deutsche Außenhandel bleibt trotz eines zuletzt schwachen Verlaufs auf Expansionskurs. Nach einem starken ersten Halbjahr tendierten die Ausfuhren im dritten Quartal zur Schwäche. Die Abkühlung betraf nicht nur die Ausfuhren in die Schwellenländer, wo sich die Konjunktur zuletzt abschwächte (Gern et al. 2015b), sondern war breit über alle Absatzmärkte angelegt. Die für den Oktober vorliegenden Daten für die nominalen Ausfuhren weisen auf einen schwachen Auftakt des

laufenden Quartals hin. Zum Jahresende dürften die Ausfuhren allerdings wieder langsam an Fahrt gewinnen. So sind die Exporterwartungen der deutschen Unternehmen wieder aufwärtsgerichtet, wohl auch aufgrund einer erneuten Abwertung des effektiven Wechselkurses im November. Aber auch die Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern weist eine leicht positive Tendenz auf. Im weiteren Verlauf dürfte sich die Exportdynamik beschleunigen, weil die Auslandskonjunktur allmählich an Schwung gewinnen wird und die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit nachwirkt. Insgesamt rechnen wir mit Zunahmen der Exporte um 5,6 Prozent im laufenden Jahr sowie um 5,2 Prozent und 6,4 Prozent in den beiden darauffolgenden Jahren. Die Einfuhren werden von der anziehenden Exportentwicklung sowie von der dynamischen Binnenkonjunktur profitieren und über den gesamten Prognosezeitraum deutlich expandieren. Wir erwarten für das laufende Jahr einen Zuwachs der Importe von 6,0 Prozent sowie weitere Zuwächse von 6,7 Prozent im Jahr 2016 und 7,6 Prozent im Jahr 2017.

Nach einer deutlichen Verbesserung in diesem Jahr werden die Terms of Trade im weiteren Verlauf nur noch leicht zulegen. Im laufenden Quartal werden sich die Terms of Trade aufgrund eines erneuten Ölpreisrückgangs nochmals verbessern. Darauf weisen auch die vorliegenden Monatsdaten für die Außenhandelspreise hin. Für den weiteren Verlauf sprechen die recht hohen Preissetzungsspielräume der deutschen Exporteure für sich genommen für eine weitere Verbesserung der Terms of Trade. Allerdings wirkt der ab der zweiten Jahreshälfte 2016 annahmegemäß wieder anziehende Ölpreis dem vorübergehend entgegen. Insgesamt dürften sich die Terms of Trade um 2,6 Prozent im laufenden Jahr und 1,2 Prozent im folgenden Jahr verbessern und im Jahr 2017 in etwa unverändert bleiben.

Der Leistungsbilanzüberschuss verzeichnet einen historischen Höchstwert. Der Leistungsbilanzüberschuss wird in diesem Jahr auf mehr als 8,5 Prozent in Relation zum Brutto-

inlandsprodukt steigen und in den kommenden Jahren in etwa auf diesem Niveau verharren. Maßgeblich für den jüngsten Schub bei den Leistungsbilanzüberschüssen ist die im Zuge des Ölpreisverfalls spürbare Verbesserung der Terms of Trade, die den Handelsbilanzüberschuss zusätzlich hat anschwellen lassen. Es ist absehbar, dass der Leistungsbilanzüberschuss über Jahre hinweg über dem im Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahren der Europäischen Kommission vorgesehenen Grenzwert von 6 Prozent liegen wird. Schon im Ungleichgewichtsverfahren des Jahres 2015 wurde Deutschland nicht zuletzt deshalb „imbalances, which require monitoring and decisive policy action“ attestiert (Europäische Kommission 2015a). In dem turnusmäßigen Ungleichgewichtsverfahren für das Jahr 2016, das jüngst begonnen hat, ist Deutschland erneut für eine vertiefende Länderanalyse vorgesehen (Europäische Kommission 2015b), dessen Ergebnis im Februar 2016 bekannt gegeben wird. Insgesamt weist das Ungleichgewichtsverfahren eine erhebliche Unwucht auf, und es mangelt ihm an einer transparenten und konsistenten Ausrichtung (Boysen-Hogrefe et al. 2015a; Boysen-Hogrefe et al. 2015b).¹ Bevor dies nicht behoben wird, dürften die Umsetzungsquoten der im Ungleichgewichtsverfahren empfohlenen Politikmaßnahmen gering bleiben (Europäisches Parlament 2015). Vor diesem Hintergrund werden wohl auch die im Ungleichgewichtsverfahren 2016 empfohlenen Politikmaßnahmen nur geringen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik in Deutschland und somit auch auf die Leistungsbilanzüberschüsse haben.

Die hohe Dynamik beim privaten Konsum bleibt ungebrochen. Der private Konsum expandiert weiterhin sehr kräftig. Fundament ist nach wie vor die günstige Arbeitsmarktentwicklung, die über anhaltend hohe Beschäftigungszuwächse sowie steigende Löhne kräftige Ein-

¹ Dies gilt gleichermaßen für das gesamte Europäische Semester, in das das Ungleichgewichtsverfahren eingebettet ist und für das ebenfalls erhebliche Potenziale zur Weiterentwicklung bestehen (Gern et al. 2015a; Kooths 2015a).

kommenszuwächse mit sich bringt. Hinzu kommen temporär anregende Faktoren. Hierzu zählen die Einführung des Mindestlohns sowie zusätzliche Transferzahlungen, beispielsweise durch die Einführung der Mütterrente. Im kommenden Jahr werden unter anderem die Einkommensteuertarife gesenkt, die Transferzahlungen im Zuge der hohen Flüchtlingsmigration ausgeweitet und zur Mitte des Jahres die Renten deutlich erhöht. Hinzu kommt, dass sich die reale Kaufkraft aufgrund des Ölpreisverfalls spürbar erhöht hat. Für unsere Prognose unterstellen wir, dass sich die Sparquote, die sich bis zuletzt wohl auch wegen der niedrigeren Kosten für Ölprodukte erhöht hatte, in den kommenden Jahren in der Tendenz allmählich wieder reduziert und auf ihren längerfristigen, abnehmenden Trend zurückkehrt. Vor diesem Hintergrund dürfte der private Konsum im gesamten Prognosezeitraum dynamisch expandieren und sich mit dem Auslaufen der temporär stimulierenden Faktoren in den kommenden Jahren nur leicht verlangsamen. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg des privaten Konsums um 2,3 Prozent im kommenden Jahr und um 2,2 Prozent im Jahr 2017, nachdem er im laufenden Jahr um 2 Prozent zugelegt haben dürfte.

Die Investitionen nehmen nach der Flaute im Sommerhalbjahr wieder Fahrt auf. Im Sommerhalbjahr ist der Investitionsmotor in Deutschland abermals ins Stocken geraten. Bei den Bauinvestitionen dürften dafür zum Teil Witterungseffekte verantwortlich gewesen sein, die sich im laufenden Quartal wohl wieder korrigieren werden; darauf deuten auch die vorliegenden Frühindikatoren hin. Für den weiteren Verlauf rechnen wir damit, dass die allgemein sehr investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen wieder mehr und mehr zum Tragen kommen. So werden die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen in Kombination mit hohen Einkommenszuwächsen und dem zunehmenden Bedarf an Wohnraum voraussichtlich die Dynamik bei den Wohnungsbauinvestitionen hoch halten. Die Bauinvestitionen des Staates dürften vor dem Hintergrund der günstigen Einnahmeentwicklung nicht nur aufgrund des erhöhten Bedarfs infolge der Flüchtlings-

migration, sondern auch im Zusammenhang mit der geplanten Ausweitung von Ausgaben für die Infrastruktur spürbar anziehen. Schließlich gewinnen die Unternehmensinvestitionen mit zunehmender Kapazitätsauslastung typischerweise wieder an Fahrt. Alles in allem dürften die Bruttoanlageinvestitionen beschleunigt zunehmen und im Jahr 2017 um 3,6 Prozent expandieren, nach 2,2 Prozent im laufenden Jahr und 2,9 Prozent in 2016. Damit haben wir unsere Prognose für die Zuwachsrate der Bruttoanlageinvestitionen etwas reduziert. Bei diesen Raten würden die Investitionen in deutlich geringerem Tempo expandieren als in früheren Aufschwungsphasen. Dies impliziert, dass die gemessen an den Rahmenbedingungen in den vergangenen Jahren recht schwache Gangart der Investitionen nicht nur auf temporäre Faktoren zurückzuführen ist (wie beispielsweise eine erhöhte Unsicherheit aufgrund der Staatsschuldenkrisen im Euroraum), sondern auch auf strukturelle Faktoren (wie beispielsweise eine erhöhte Präferenz von deutschen Unternehmen, im Ausland zu investieren). Wir erwarten allerdings, dass der Investitionsaufschwung diesmal besonders lang anhält, nicht zuletzt weil die Geldpolitik für Deutschland deutlich länger sehr expansiv ausgerichtet bleiben dürfte als in früheren Aufschwungsphasen (Boysen-Hogrefe et al. 2015c).

Niedrige Energiepreise drücken die Inflation. Nachdem die Inflationsrate im dritten Quartal gefallen war, stieg sie bis November wieder auf 0,3 Prozent. Ausschlaggebend für den nach wie vor sehr geringen Anstieg der Verbraucherpreise ist weiterhin die Energiekomponente. Rechnet man diese heraus, so ergibt sich ein kontinuierlicher Anstieg der Inflationsraten seit Anfang des Jahres auf zuletzt 1,3 Prozent. Der Deflator des Bruttoinlandsproduktes wies für die ersten drei Quartale mit Raten von rund 2,0 Prozent deutlich höhere Werte aus. Mit dem Auslaufen des preisdämpfenden Ölpreiseffektes werden die inländischen Komponenten wieder an Bedeutung gewinnen. Insgesamt dürfte die Inflationsrate in diesem Jahr 0,3 Prozent betragen. Wir erwarten, dass sie auf 1,2 Prozent im

Jahr 2016 und 1,8 Prozent im Jahr 2017 steigen wird.

Die Lohndynamik erhält nach Auslaufen des Mindestlohneffekts vorübergehend einen Dämpfer. Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns zu Jahresbeginn führte dazu, dass die Effektivverdienste in den ersten drei Quartalen dieses Jahres mit durchschnittlich 2,8 Prozent stärker gestiegen sind als die Tarifverdienste mit 2,3 Prozent (Vorjahresvergleich). Mit Auslaufen dieses Effekts dürfte sich der Effektivlohnanstieg dem Tariflohnanstieg wieder nähern. Letzterer hat sich in diesem Jahr zwar nominal abgeschwächt, aufgrund der rückläufigen Verbraucherpreisinflation war er real mit 2,1 Prozent jedoch genauso hoch wie im vergangenen Jahr. Reale Tariflohnanstiege von über 2 Prozent wurden davor zuletzt im Jahr 1999 verzeichnet. Die Tariflöhne dürften in den kommenden beiden Jahren trotz höherer nominaler Abschlüsse real jedoch wieder langsamer steigen; wir erwarten ein Plus von nominal 2,6 Prozent (2016) bzw. 2,9 Prozent (2017). Die Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) dürften um 2,3 Prozent bzw. 3,0 Prozent zulegen. Die Lohnstückkosten werden unter diesen Bedingungen in der Tendenz weniger stark steigen als die heimischen Preise (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts), so dass die Arbeitsnachfrage der Unternehmen weiterhin positive Impulse erhält.

Die Beschäftigung bleibt deutlich aufwärtsgerichtet; die Flüchtlingsmigration wird das Erwerbspersonenpotenzial mit spürbarer zeitlicher Verzögerung erhöhen. Nachdem sich der Beschäftigungsaufbau um den Jahreswechsel 2014/2015 abgeschwächt hatte, verstärkte sich die Dynamik in den vergangenen beiden Quartalen wieder. Grund für den Dämpfer war ein kräftiger Rückgang der Minijobs; ein Zusammenhang mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns liegt nahe (Groll 2015). Für die kommenden Monate zeichnet sich eine weiter hohe Dynamik beim Beschäftigungsaufbau ab. Die Zahl der offenen Stellen liegt auf sehr hohem Niveau und ist weiter aufwärtsgerichtet, und das ifo Beschäfti-

gungsbarometer ist zuletzt auf den höchsten Stand seit gut vier Jahren geklettert. Auch im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen. Die Arbeitsnachfrage wird zum einen angeregt durch den sich fortsetzenden konjunkturellen Aufschwung und zum anderen durch das günstige und sich weiter verbessernde Verhältnis von Lohnkosten zu Produktivität (sog. reale Lohnstückkosten). Wir rechnen mit einem Anstieg der Erwerbstätigkeit in den kommenden beiden Jahren um 410 000 bzw. 430 000 Personen, nach 320 000 in diesem Jahr. Die Zahl der Arbeitslosen wird sich trotz dieses kräftigen Beschäftigungsaufbaus wohl wenig verändern, da gleichzeitig die hohe Zuwanderung das Erwerbspersonenpotenzial spürbar erhöht. Während die Zuwanderung aus anderen EU-Staaten nachlassen dürfte, wird die anhaltende Flüchtlingsmigration eine zunehmend größere Rolle für den Arbeitsmarkt spielen, wenngleich mit einiger Verzögerung (Kasten 1). Viele der anerkannten Flüchtlinge dürften zunächst durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, wie z.B. Integrationskurse, gefördert werden, während deren sie nicht als arbeitslos gezählt werden. Alles in allem dürfte sich die Arbeitslosenquote im Prognosezeitraum kaum verändern.

Nach dem Rekordüberschuss im Jahr 2015 von über 28 Mrd. Euro wird das Budget der öffentlichen Haushalte im Jahr 2016 in etwa ausgeglichen sein. Damit verringern wir unsere Prognose des Budgetsaldos für das Jahr 2016 vom September um rund 16 Mrd. Euro wegen einer deutlich höheren Ausgabendynamik als zuvor erwartet. Maßgeblich für den starken Anstieg der Ausgaben, der in etwa so hoch ist wie im Rezessionsjahr 2009, ist insbesondere der Flüchtlingszustrom nach Deutschland. Wir rechnen für das Jahr 2016 nun mit Ausgaben in diesem Bereich, die um etwa 18 Mrd. Euro über denen des Vorjahres liegen werden (Kasten 2). Zudem sind die öffentlichen Haushalte bestrebt, ihre Investitionsausgaben zu erhöhen, und die Dynamik der Ausgaben im Gesundheitssektor ist ungebrochen (Boysen-Hogrefe 2015). Ferner wird es zur Mitte des Jahres eine Rentenerhöhung um 4 ½ Prozent

geben, und ein Einmaleffekt aus dem Jahr 2015 (Erlöse der Funklizenzversteigerung, die als negative Ausgaben in den VGR gebucht werden) entfällt. Die günstige Arbeitsmarktlage und die weiterhin robuste Konjunktur sowie steigende Zusatzbeiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung sorgen zeitgleich für einen merklichen Anstieg der Einnahmen, der allerdings durch Steuersatzsenkungen gedämpft wird.

Im Jahr 2017 wird der gesamtstaatliche Budgetsaldo leicht auf knapp 6 Mrd. Euro zulegen. Diese Prognose hängt maßgeblich von der unterstellten Entwicklung der Flüchtlingsmigration ab. In unserem Szenario werden die Ausgaben des Staates für die Bewältigung des Flüchtlingszustroms weiter merklich zunehmen, aber mit einem deutlich geringeren Tempo als im Jahr 2016. Die Einnahmen des Staates werden aufgrund der guten Konjunktur noch kräftiger expandieren. Der Bruttoschuldenstand dürfte relativ zum Bruttoinlandsprodukt in beiden Jahren etwas langsamer sinken als noch in den vorherigen Prognosen angenommen, da die Haushaltsüberschüsse deutlich geringer ausfallen und da die geplante Übernahme von Verbindlichkeiten der HSH Nordbank durch die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein den Bruttoschuldenstand belasten dürfte.

Angesichts eines für Deutschland weiterhin zu expansiven monetären Umfeldes ist mehr stabilisierungspolitische Disziplin im Inland geboten. Die EZB hat mit der neuerlichen Ausweitung ihres Programms zur „Quantitativen Lockerung“ bekräftigt, dass sie das Zinsniveau im Euroraum auf absehbare Zeit auf historisch niedrigem Niveau halten will. Somit bleibt Deutschland im Prognosezeitraum einem für die hiesigen konjunkturellen Verhältnisse deutlich zu expansiven monetären Umfeld ausgesetzt. Die damit verbundenen binnenwirtschaftlichen wie außenwirtschaftlichen Expansionswirkungen sind für die deutsche Wirtschaft problematisch, weil sie die gesamtwirtschaftliche Aktivität vom derzeit erreichten Zustand einer Normalauslastung wegführen. Zugleich zeichnet sich in den Vereinigten Staaten der Einstieg in eine allmähliche Normalisierung der dortigen Geld-

politik ab (Gern et al. 2015b). Dies kann im Prognosezeitraum zu erheblichen Wechselkursreaktionen führen. Je länger die historische Niedrigzinsphase hierzulande anhält, desto mehr Produktionsstrukturen passen sich an Preisrelationen an, die bei einer späteren Normalisierung wieder korrigiert werden müssen. Diese monetären Rahmenbedingungen kann die deutsche Wirtschaftspolitik nicht beeinflussen. Umso mehr ist sie aufgefordert, in ihrer Gesamtausrichtung nicht die Konjunktur weiter anzuregen.

Die politische Prioritätenverschiebung als Folge der Flüchtlingsmigration sollte auch in der öffentlichen Haushaltsplanung sowie in der Arbeitsmarktpolitik ihren Niederschlag finden. Die mit der Aufnahme und Integration einer ungewöhnlich hohen Zahl an Flüchtlingen verbundenen öffentlichen Ausgaben wirken im Prognosezeitraum wie ein Konjunkturprogramm. Dies ist stabilisierungspolitisch nicht geboten. Demzufolge sollte mit der Entscheidung zur Flüchtlingsaufnahme nun auch die ernsthafte Diskussion um die finanzpolitischen Konsequenzen einsetzen, sei es durch Umschichtungen im Staatshaushalt, sei es durch eine Erhöhung der Abgaben. Da die Bewältigung des Flüchtlingszustroms offenkundig eine hohe Priorität einnimmt, müssen andere öffentliche Vorhaben nunmehr in der politischen Rangskala an relativer Bedeutung verloren haben. Daher stellt sich nicht die Frage, zwischen Konsolidierung oder Flüchtlingshilfe zu wählen, sondern ob die nunmehr minder prioritär erscheinenden Projekte ein Abweichen vom bisherigen Konsolidierungskurs rechtfertigen (Kooths 2015b). Zugleich macht der Zuzug vieler Flüchtlinge mit vermutlich geringer Qualifikation deren Arbeitsmarktintegration zu einer erheblichen Herausforderung (Kasten 3). Auch nach Integrations-, Sprach- und Qualifikationskursen werden voraussichtlich viele Zuwanderer aufgrund ihrer geringen Produktivität nur über den Niedriglohnssektor in den Arbeitsmarkt einsteigen können. Mindestlöhne behindern diesen Einstieg und sollten daher dringend überdacht werden. Die damit beabsichtigten sozialpolitischen Wirkungen wären ohnehin über Kombilohn-Modelle mit

Bedürftigkeitsprüfung zielgenauer zu verwirklichen. Falls eine Sonderregelung für Flüchtlinge – auch aus politischen Gründen – nicht gewünscht wird, wäre es unter Beachtung der Gleichbehandlung von Gebietsansässigen und Zugezogenen möglich, einige Einstiegsbarrieren in den Arbeitsmarkt durch eine Ausweitung der Ausnahmetatbestände zu senken. Dies

könnte z.B. dadurch erreicht werden – wie vom Sachverständigenrat (2015) vorgeschlagen –, dass arbeitssuchende anerkannte Flüchtlinge von Beginn an als langzeitarbeitslos betrachtet werden und die Ausnahme vom Mindestlohn für Langzeitarbeitslose von 6 auf 12 Monate verlängert wird.

Kasten 1:**Annahmen zur Flüchtlingsmigration und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt**

Zwischen Januar und November dieses Jahres ist im System zur Erstverteilung von Asylbegehrenden (EASY) der Zuzug von 965 000 Personen registriert worden. Für das Gesamtjahr gehen wir daher mit einem Zuzug von 1,1 Mill. Flüchtlingen nach Deutschland aus. Für 2016 und 2017 rechnen wir mit einem weiteren Zuzug von 1 Mill. bzw. 600 000 Flüchtlingen (Tabelle K1-1).

Tabelle K1-1:**Annahmen zur Flüchtlingsmigration und Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt 2015–2017**

	in 1 000	2015	2016	2017
Zuzug (EASY)		1 138	1 000	600
Asylerstanträge (20 Prozent Abschlag vom Zuzug, 4 Monate von Einreise bis Antragstellung)		467	1 212	488
Entscheidungen (Anstieg auf 80 000 Entscheidungen pro Monat bis Juli 2016)		288	851	960
Anhängige Asylverfahren (Bestand)		263	731	510
Positive Entscheidungen (Anerkannte Flüchtlinge, subsidiärer Schutz; Schutzquote: 50 Prozent)		123	426	480
Erwerbspersonen (Im erwerbsfähigen Alter: 74 Prozent, Erwerbsbeteiligung: 75 Prozent)		68	236	266
Erwerbstätige (Abgangsrate aus Arbeitslosigkeit: 2 Prozent pro Monat)		9	39	87
Unterbeschäftigte (Arbeitslose und Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, insbesondere in Integrationskursen)		59	197	180

Alle genannten Zahlen sind Stromgrößen, mit Ausnahme des Bestands an anhängigen Asylverfahren.

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, *Aktuelle Zahlen zu Asyl und Asylgeschäftsstatistik*; eigene Berechnungen; rundungsbedingte Abweichungen.

Wir nehmen an, dass die Zahl der Asylerstanträge 20 Prozent unterhalb der Zahl der Zuzüge liegt (z.B. wegen Rückreise, Weiterreise, Doppelzählungen) und dass zwischen Zuzug und Antragstellung 4 Monate vergehen.^a Unter diesen Annahmen steigt die Zahl der Asylerstanträge von 467 000 in diesem Jahr auf 1,2 Mill. im nächsten Jahr. Entscheidend dafür, wie viele Monate die Bearbeitung der Asylanträge im Durchschnitt dauert, ist die monatliche Bearbeitungskapazität beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Im November hat das BAMF 35 000 Asylverfahren zur Entscheidung gebracht. Wir nehmen an, dass im Zuge des Personalaufbaus beim BAMF und der Beschleunigung der Asylverfahren die Zahl der entschiedenen Asylanträge bis Juli kommenden Jahres auf 80 000 pro Monat steigt. Unter diesen Voraussetzungen werden nichtsdestotrotz bis weit ins kommende Jahr hinein jeden Monat mehr Asylanträge eingehen als entschieden, so dass der Bestand an anhängigen Asylverfahren deutlich zunehmen wird, von aktuell 356 000 (November) bis auf jahresdurchschnittlich 731 000 im Jahr 2016.

Wir gehen ferner davon aus, dass 50 Prozent der Asylanträge positiv beschieden werden – der Antragsteller also die Rechtsstellung als Flüchtling oder subsidiären Schutz erhält. Unter dieser Annahme steigt die Zahl der anerkannten Flüchtlinge in diesem Jahr um 123 000, im kommenden Jahr um 426 000 und im Jahr 2017 um weitere 480 000. Das Erwerbspersonenpotenzial erhöht sich allerdings nicht im selben Umfang, da nicht alle am Arbeitsmarkt aktiv sind. Wir nehmen an, dass – wie zuletzt beobachtet – 74 Prozent der anerkannten Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter von 16 bis 64 Jahren sind. Die Erwerbsbeteiligung der Flüchtlinge ist nicht direkt beobachtbar; wir rechnen mit einer Partizipationsrate von 75 Prozent.^b Unter diesen Bedingungen erhöht sich das Erwerbspersonenpotenzial in diesem Jahr um 68 000, im kommenden Jahr um 236 000 und im Jahr 2017 um weitere 266 000 Personen. Das Erwerbspersonenpotenzial ist in der Folge im Jahrdurchschnitt 2017 um insgesamt 470 000 Personen höher als ohne die Flüchtlingsmigration.^c

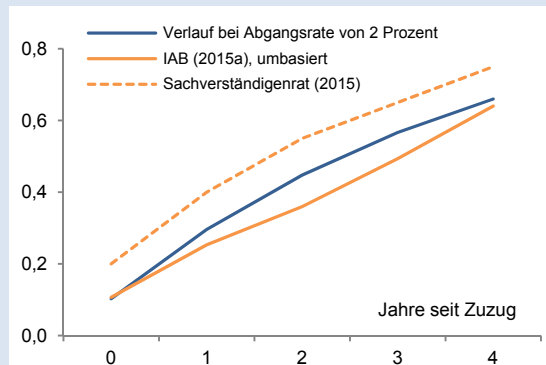
Um den Effekt auf die Erwerbstätigkeit und die Arbeitslosigkeit abzuleiten, unterstellen wir, dass monatlich 2 Prozent der Erwerbspersonen bei der Arbeitssuche erfolgreich sind und eine Erwerbstätigkeit aufnehmen. Eine Abgangsrate von 2 Prozent steht mit den bisherigen Erfahrungen in Deutschland zur Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern aus den Hauptasylzugangsländern in Einklang (Abbildung K1-1). Danach erhöht sich die Beschäftigungsquote (bezogen auf die Erwerbspersonen) in den ersten vier Jahren

nach Zuzug von rund 10 Prozent auf 60 Prozent. Unter diesen Voraussetzungen steigt die Erwerbstätigkeit im kommenden Jahr um 39 000 und im Jahr 2017 um 87 000 Personen. Der kumulierte Effekt auf den Jahresdurchschnitt in 2017 beträgt 94 000.

Die Zahl der Erwerbspersonen ohne Arbeit nimmt hingegen deutlich stärker zu; der kumulierte Effekt in 2017 beträgt 376 000 Personen. Dies bedeutet jedoch nicht notwendigerweise, dass die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) registrierten Arbeitslosen um diesen Betrag höher liegt. Es ist davon auszugehen, dass viele Flüchtlinge zunächst durch Integrationskurse und andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert werden, was für die Dauer der Maßnahmen dazu führt, dass sie nach Definition der BA als nicht arbeitslos gelten, sondern als unterbeschäftigt. Dies lässt sich bereits am aktuellen Rand beobachten: Die Zahl der Personen in der sogenannten Fremdförderung, worunter insbesondere die Integrationskurse des BAMF fallen, lag im November um 16 000 Personen (+17 Prozent) über dem Vorjahresmonat.

^aSachverständigenrat (2015: Anhang zu Kapitel 1, Tabelle 2). — ^bDas IAB (2015b) geht von einer Partizipationsrate von 72 Prozent aus, die Gemeinschaftsdiagnose (2015: Kasten 3.1) von 78 Prozent. — ^cIn der Zeit zwischen Antragstellung und Entscheidung dürfte die Erwerbsbeteiligung von Asylbewerbern aufgrund der schwierigen persönlichen Umstände und aufgrund der Vorrangprüfung durch die BA äußerst gering sein. Diesen Effekt auf das Erwerbspersonenpotenzial haben wir daher vernachlässigt.

Abbildung K1-1:
Beschäftigungsquote



Abgangsrate: 2 Prozent der Arbeitslosen pro Monat wechseln in die Erwerbstätigkeit; Ursprüngliche Werte aus IAB (2015a: Abb. 2) auf Basis der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe, bezogen auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter; zur besseren Vergleichbarkeit umbasiert auf Erwerbspersonen mithilfe von annahmegemäßer Erwerbsbeteiligung von 0,75; Sachverständigenrat (2015: Tabelle 2, Anhang zu Kapitel 1): Eins minus Erwerbslosenquote im Basisszenario.

Kasten 2:**Auswirkungen des Flüchtlingszustromes auf die öffentlichen Haushalte***

Die Zuwanderung von Flüchtlingen wird in den nächsten Jahren die öffentlichen Haushalte erheblich belasten. Kostenschätzungen stehen dem Problem gegenüber, dass Prognosen der wesentlichen – im folgenden aufgelisteten – Einflussfaktoren, mit großer Unsicherheit behaftet sind:

- die Anzahl der einreisenden Flüchtlinge
- wie viele in Deutschland einen Schutzstatus erhalten
- die Anzahl nachziehender Familienangehöriger
- wie schnell diejenigen, die in Deutschland bleiben, sich in den Arbeitsmarkt integrieren
- wie rasch die übrigen in ihre Heimatländer zurückkehren
- die Kosten und der Erfolg von Integrationsmaßnahmen

Um die jährlichen Gesamtkosten für die öffentlichen Haushalte abzuschätzen, bieten sich daher Szenariorechnungen an.

Für unser Basisszenario unterstellen wir, dass nach rund 1,1 Mill. Flüchtlingen im Jahr 2015 im nächsten Jahr weitere 1 Mill. Flüchtlinge nach Deutschland kommen (vgl. die Annahmen in Kasten 1); bis 2018 sinkt ihre Zahl weiter auf jährlich 360 000. Die Hälfte der Flüchtlinge erhält annahmegemäß einen Schutzstatus und ein weiteres Fünftel bleibt aufgrund einer Duldung oder mit einem ähnlichen Status in Deutschland. Die „Geduldeten“ können sich nur langsam in den Arbeitsmarkt integrieren; die Hälfte von ihnen ist auch nach 10 Jahren im staatlichen Unterstützungssystem. Von den Flüchtlingen mit Schutzstatus sind nach 5 Jahren noch 33 Prozent und nach 10 Jahren nur noch 18 Prozent von staatlichen Leistungen abhängig (Tabelle K2-1).^a Diese Unterstützungsquoten spiegeln den Zeitpfad der Arbeitsmarktintegration früher zugezogener Flüchtlinge in Deutschland (IAB 2015b) und Schweden (Bevelander 2011) wider. Die jährlichen Ausgaben pro Flüchtling im Unterstützungssystem schätzen wir auf 13 000 Euro; dieser Betrag enthält die individuell zurechenbaren laufenden Ausgaben sowie Ausgaben für Verwaltung und einen Ansatz für Investitionen wie Bau oder Herrichtung von Unterkünften.^b Die jährlichen Gesamtausgaben bewegen sich unter diesen Annahmen bei rund 26 Mrd. Euro.

Tabelle K2-1:
Fiskalische Kosten des Zustroms von Flüchtlingen – Szenarien

Szenarien:	Basis	Hoher Zustrom	Mehr Rückkehr	Intensive Integration
Zustrom Flüchtlinge (1000)				
2016	1000	1400	1000	1000
2017	600	1200	600	600
2018	360	1000	360	360
2020	360	1000	360	360
Jährliche Ausgaben pro unterstützter Flüchtling (Euro)	13000	13000	13000	14000
Anteil Rückkehrer innerhalb von 3 Jahren (Prozent)	30	30	40	30
Anteil "Geduldete" (Prozent)	20	20	20	20
Anteil Unterstützungsempfänger (Prozent der ursprünglich angekommenen Flüchtlinge)				
nach 2 Jahren	68,0	68,0	60,6	62,5
nach 5 Jahren	33,5	33,5	21,5	22,2
nach 10 Jahren	17,5	17,5	9,0	17,5
Jährliche Gesamtausgaben (Mrd. Euro)				
2016	23,6	25,7	23,3	25,2
2017	28,2	37,4	26,7	29,2
2018	27,5	43,0	24,5	27,2
2020	24,7	48,6	19,7	21,8
2022	25,5	55,0	19,7	21,9

Die Annahmen über den Zuzug von Flüchtlingen im Basisszenario sind mit Blick darauf, dass im Oktober und November 2015 allein jeweils etwa 200 000 Flüchtlinge in Deutschland angekommen sind, niedrig gegriffen und unterstellen eine deutliche Moderation des Zustroms im Verlauf des Jahres 2016. Eine vorausschauende öffentliche Finanzplanung sollte jedoch mit der Möglichkeit rechnen, dass der Zustrom von Flüchtlingen dauerhaft hoch bleiben könnte. Je länger der Krieg in Syrien dauert und je schwieriger die Lebensbedingungen für die bis zu 8 Mill. Kriegsflüchtlinge innerhalb Syriens werden, desto mehr Menschen werden zunächst in die Nachbarländer und dann nach Westeuropa streben. Auch in anderen

Ländern, wie Irak, Afghanistan oder Pakistan, ist kaum mit einer einschneidenden Verbesserung der Lage zu rechnen. Deshalb unterstellen wir in unserem Szenario „Hoher Zustrom“ dauerhaft 1 Mill. neu ankommende Flüchtlinge pro Jahr. Bei ansonsten gleichen Annahmen wie im Basisszenario steigen in diesem Szenario die jährlichen Ausgaben von 26 Mrd. Euro im Jahr 2016 auf 55 Mrd. Euro im Jahr 2022.

Die beiden weiteren Szenarien illustrieren die Wirkungen von Politikinterventionen, die in der öffentlichen Diskussion stehen – jeweils ausgehend von einem Zuzug von Flüchtlingen wie im Basisszenario. Im Szenario „Mehr Rückkehr“ unterstellen wir, dass 40 Prozent der Flüchtlinge innerhalb von 3 Jahren zurückkehren (anstatt 30 Prozent) und die übrigen einen Schutzstatus erhalten und entsprechend zügig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Die geschätzten jährlichen Kosten steigen dann langsamer und liegen 2022 bei 20 Mrd. Euro (anstelle von 26 Mrd. Euro).

Im Szenario „Intensive Integration“ nehmen wir an, dass jährlich pro Flüchtling im Unterstützungssystem zusätzlich 1 000 Euro für weitere Integrationsmaßnahmen ausgegeben werden; dadurch beschleunigt sich annahmegemäß die Arbeitsmarktintegration geringfügig – so dass nach 4 Jahren nur noch 35 Prozent (anstatt 40 Prozent) der in Deutschland verbliebenen Flüchtlinge im Unterstützungssystem sind. Außerdem nehmen wir an, dass nur 30 Prozent der Flüchtlinge zurückkehren und alle übrigen zügig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Verglichen mit dem Basisszenario (mit 20 Prozent lediglich „geduldeten“ Flüchtlingen) liegen die jährlichen Kosten anfänglich etwas höher, vom Jahr 2018 an aber niedriger – im Jahr 2022 zum Beispiel etwa bei 22 Mrd. Euro (anstatt 26 Mrd. Euro).

Alle Szenarien rechnen mit den makroökonomischen Gegebenheiten des Jahres 2015. Inflation wird nicht berücksichtigt. Unter der Annahme, dass die Inflation die hier dargestellten Ausgaben (und Einnahmen des Staates) gleichermaßen betrifft, ist eine gesonderte Berücksichtigung der Inflation unerheblich.

Ferner stellen die Szenarien nur die Ausgaben der öffentlichen Haushalte dar. Allerdings gehen wir davon aus, dass es nur in der kurzen Frist zu nennenswerten makroökonomischen Rückwirkungen durch Mehrausgaben kommen dürfte, da wir kurzfristig nicht mit Maßnahmen vergleichbaren Umfangs der Fiskalpolitik zur Finanzierung der genannten Ausgaben rechnen (Fiskalimpuls durch höhere Staatsausgaben). Da die Kapazitäten allerdings in einigen Wirtschaftsbereichen bereits stark ausgelastet sind, dürfte der Fiskalimpuls nur begrenzte Wirkung entfalten. Mittel- bis langfristig gehen wir zum einen davon aus, dass die Ausgaben angesichts der Vorgaben der Schuldenbremse durch Einsparungen oder Steuererhöhungen finanziert werden müssen, der Fiskalimpuls folglich merklich kleiner sein wird als in der kurzen Frist. Selbstfinanzierungseffekte dürften mittel- bis langfristig kaum auftreten, da wir selbst bei erfolgreicher Integration in den Arbeitsmarkt davon ausgehen, dass die von den zusätzlichen Erwerbstätigen gezahlten Steuern ausreichen, um die direkt und indirekt auf sie und ihre Familienangehörigen entfallenden staatlichen Leistungen zu finanzieren. Ihre Steuerzahlungen reichen aber annahmegemäß nicht aus, um daraus weitere staatliche Leistungen (etwa für Flüchtlinge im Unterstützungssystem) zu bezahlen (vgl. zu den Arbeitseinkommen von Flüchtlingen in Kanada Krahn et al. 2000; vgl. für Deutschland Bonin 2014).^c Insgesamt rechnen wir folglich damit, dass die hier berechneten Ausgaben in etwa den mittel- bis langfristigen Anpassungsbedarf der öffentlichen Haushalte darstellen.

Unsere Simulationen illustrieren die Einsicht, dass die humanitäre Aufgabe, verfolgten Menschen Schutz zu gewähren, mittelfristig erheblichen fiskalischen Anpassungsbedarf nach sich zieht. Die Ausgaben lassen sich begrenzen durch frühzeitige Investitionen in Integrationsmaßnahmen und durch stringente Anerkennungsverfahren, so dass die Flüchtlinge entweder rasch in ihre Herkunftsländer zurückkehren oder sich in Deutschland so bald wie möglich in den Arbeitsmarkt integrieren können.

*Dieser Kasten wurde maßgeblich von Matthias Lücke, IfW Kiel, verfasst. — ^aIm Szenario wird der Fall, dass Personen teilweise von staatlichen Leistungen abhängen nicht gesondert erfasst (Aufstocker). Für die Ausgabenschätzung ist dies aber insofern unerheblich, als die entsprechenden Ausgaben in Voll-Äquivalente umgerechnet werden können. — ^bDie Zahl ist angelehnt an die Berichterstattung im Gemeindefinanzbericht 2015 (Deutscher Städtetag 2015), der Szenarien für die Ausgaben für Flüchtlinge diskutiert und dabei mit einem ähnlichen Pro-Kopf-Schlüssel arbeitet. Nach Angaben aus der Statistik zum Asylbewerberleistungsgesetz würde man mit Ausgaben pro Kopf von um die 8 000 Euro rechnen (Statistisches Bundesamt 2015), welche in etwa den Zahlungen des Bund pro Flüchtling an die Länder entsprechen. Die Statistik erfasst aber nur individuell zurechenbare Leistungen. Für Flüchtlinge, die z.B. nach ihrer Anerkennung Leistungen nach SGB II bekommen, rechnen wir mit dem gleichen Betrag. Zwar sind die individuellen Geldleistungen höher, aber Verwaltungsausgaben dürften niedriger sein. — ^cMit Blick auf die Situation in der gesetzlichen Rente besteht allerdings die Chance, dass wegen der Altersstruktur der Flüchtlinge bei gelingender Integration in den Arbeitsmarkt die Konsequenzen der demografischen Wandels moderiert werden können. Die zusätzlichen Beitragszahlungen sowie die zusätzlichen Ansprüche an das Rentensystem hätten mit Blick auf die bisher zu erwartenden Zahlungsströme in der Gesetzlichen Rentenversicherung eine glättende Wirkung.

Kasten 3:**Zur Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen***

Die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen braucht Zeit. Die Beschäftigungsquoten von Flüchtlingen liegen zunächst deutlich unter denen anderer Zuwanderer, steigen dann aber in den ersten zehn bis fünfzehn Jahren nach Zuzug kontinuierlich an. Dennoch bleibt der Arbeitsmarkterfolg von Flüchtlingen der ersten Generation auch mittel- bis langfristig oftmals hinter dem der einheimischen Bevölkerung zurück, nicht aber hinter dem anderer Zuwanderer. Eine schnelle Klärung der Bleibeperspektive, Investitionen in frühkindliche Bildung, Integrationspläne für erwachsene Flüchtlinge und die Vermeidung ethnischer Enklaven erhöhen die Wahrscheinlichkeit ökonomischer und sozialer Integrationserfolge.

Erfahrungswerte für Deutschland, Schweden und die USA

Für **Deutschland** kommt das IAB (2015a) zu dem Schluss, dass der Anteil der Beschäftigten unter den 15- bis 64-jährigen Flüchtlingen von 8 Prozent im Zuzugsjahr auf knapp 50 Prozent nach fünf Jahren steigt. Nach zehn Jahren sind 60 Prozent der Flüchtlinge beschäftigt, nach 15 Jahren knapp 70 Prozent. Flüchtlinge finden damit im Durchschnitt deutlich langsamer eine Beschäftigung als andere Zuwanderer. Die Unterschiede in den Beschäftigungsquoten verschwinden jedoch 15 Jahre nach Zuzug.^a Dagegen liegen die Durchschnittsgehälter von Flüchtlingen auch langfristig noch deutlich unter denen von anderen Zuwanderern.

Keller et al. (2015) vergleichen die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen mit denen von ähnlich qualifizierten Zuwanderern, die nicht aus politischen oder humanitären Gründen nach Deutschland gekommen sind. Den Ergebnissen zufolge sind Flüchtlinge zunächst deutlich seltener beschäftigt und häufiger auf staatliche Transferleistungen angewiesen als vergleichbare Zuwanderer. Die Beschäftigungswahrscheinlichkeit beider Gruppen gleicht sich jedoch innerhalb der ersten 13 Jahre nach Zuzug an.

Für **Schweden** kommt Bevelander (2011) zu ähnlichen Ergebnissen. Demnach sind zunächst nur ein Drittel der männlichen Flüchtlinge im Alter von 20 bis 64 Jahren, die zwischen einem und fünf Jahren im Land sind, beschäftigt. Sechs bis zehn Jahre nach Zuzug steigt der Anteil auf 60 Prozent, elf bis 15 Jahre nach Zuzug auf 70 Prozent. Die Arbeitsmarktintegration von weiblichen Flüchtlingen verläuft etwas langsamer. Das gleiche gilt für Flüchtlinge, die direkt aus Flüchtlingslagern nach Schweden umgesiedelt worden sind. Keine der betrachteten Gruppen erreicht die Beschäftigungsquote der einheimischen Bevölkerung.

Hansen und Lofstrom (2003) zeigen, dass der Anteil der Flüchtlingshaushalte, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind, mit zunehmender Aufenthaltsdauer deutlich sinkt, allerdings ausgehend von einem sehr hohen Niveau. Demnach dauert es 14 bis 15 Jahre, bis die Flüchtlingshaushalte das Niveau anderer Zuwandererhaushalte erreichen. Allerdings liegt auch 20 Jahre nach Zuzug der Anteil der auf Transferleistungen angewiesenen Haushalte noch acht bis zehn Prozentpunkte über dem Wert vergleichbarer einheimischer Haushalte.

Für die **USA** kommen Cortes (2004) sowie Cortes und Chin (2014) zu günstigeren Ergebnissen. Die Autoren zeigen, dass das durchschnittliche Jahreseinkommen von Flüchtlingen, die zwischen 1975 und 1980 in die USA gekommen sind, zunächst zehn Prozent unter dem von anderen Zuwanderern liegt. Bereits im Jahr 1990, also zehn bis 15 Jahre nach Zuzug, übertrifft das Jahreseinkommen von Flüchtlingen das anderer Zuwanderer um 24 Prozent (Cortes und Chin 2014). Der relative Einkommenszuwachs, der sich auch in den 1990er und 2000er Jahren fortsetzt, führen die Autoren dabei vor allem auf einen relativ starken Anstieg der Jahresarbeitszeit zurück und weniger auf steigende Stundenlöhne.

Der gemeinsame Befund der vorliegenden Studien deutet darauf hin, dass sich die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und anderen Zuwanderern unterscheidet. Dies lässt sich vor allem auf zwei Faktoren zurückführen (Cortes und Chin 2014). Zum einen unterscheiden sich Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge, bedingt durch ihre unterschiedlichen Migrationsmotive, auch in ihren soziodemografischen Merkmalen wie Alter, Bildung oder Geschlecht. So bringen Flüchtlinge im Durchschnitt weniger Humankapital mit, das im Zielland direkt verwertbar ist. Sie tun sich daher auf dem Arbeitsmarkt zunächst schwerer. Zum anderen ist Flüchtlingen, im Gegensatz zu anderen Zuwanderern, der Weg zurück ins Heimatland oftmals versperrt. Die daraus folgende langfristige Perspektive im Zielland erhöht wiederum die Anreize, in Humankapital zu investieren, mit entsprechend positiven Auswirkungen auf den mittel- bis langfristigen Arbeitsmarkterfolg.

Repräsentative Zahlen zur Schulbildung und beruflichen Bildung der derzeit nach Deutschland flüchtenden Menschen liegen noch nicht vor. Die verfügbaren Daten legen jedoch nahe, dass insbesondere die berufliche Bildung der Flüchtlinge deutlich geringer ist als die anderer Zuwanderer (IAB 2015a). Daher ist zu erwarten, dass die Beschäftigungsquoten von Flüchtlingen für einen längeren Zeitraum niedrig bleiben werden und es einem Teil der Flüchtlinge schwer fallen wird, außerhalb des Niedriglohnssektors beschäftigt

zu werden. Das geringe Durchschnittsalter der Flüchtlinge eröffnet jedoch die Chance, die Menschen durch gezielte Investitionen in Bildung und Ausbildung weiter zu qualifizieren.

Handlungsoptionen

Eine der wichtigsten Hürden für eine schnelle und erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen sind mangelnde Sprachkenntnisse. Im Gegensatz zur Arbeitsmigration, bei der eine gemeinsame Sprache oder Kultur die Wahl eines bestimmten Ziellandes wahrscheinlicher macht (Adserà und Pytliková 2015), hängen die Ziele von Flüchtlingsströmen oft von anderen Faktoren ab, beispielsweise von der Ausgestaltung des Asylrechts (Hatton 2009). Dies bedeutet auch, dass Flüchtlinge potentiell weniger Kenntnisse in der Sprache des aufnehmenden Landes mitbringen und es durch geringere linguistische Nähe für sie schwieriger ist, die neue Sprache zu erlernen.

Für den Spracherwerb ist das Alter ein entscheidender Faktor. Schon Jugendlichen fällt der Erwerb einer neuen Sprache schwerer als jüngeren Kindern (Isphording 2014; Isphording 2015). Gute Bleibeaussichten erhöhen dabei, gerade bei älteren Flüchtlingen, die Wahrscheinlichkeit, die Sprache des Ziellandes zu erlernen (Dustmann 1999) und erleichtern die soziale Integration im Allgemeinen.

Soziale Integration und Integration in den Arbeitsmarkt können sich gegenseitig positiv beeinflussen. Facchini et al. (2015) zeigen für Deutschland, dass ein enger Kontakt zu den Einheimischen oft erst am Arbeitsplatz erfolgt. Misslingt der Sprung in den Arbeitsmarkt, in dem die einheimische Bevölkerung aktiv ist, dann können ethnische Enklaven (relativ isolierte Gruppen von Zuwanderern) zumindest kurzfristig die Chancen auf eine Tätigkeit erhöhen (Wilson und Portes 1980). Dies gilt insbesondere für weniger qualifizierte Zuwanderer (Edin et al. 2003). Langfristig erschweren ethnische Enklaven allerdings die Integration (Danzer und Yaman 2013), so dass eine dauerhafte, isolierte Unterbringung mit anderen Flüchtlingen vermieden werden sollte. Auch gehen starke ethnische Identitäten mit geringerem Arbeitsmarkterfolg einher (Bisin et al. 2011).

Bildung ist der Schlüssel für die Integration der zweiten Zuwanderergeneration. Gerade Zuwandererkinder aus bildungsfernen Elternhäusern profitieren erheblich von frühkindlichen Bildungsangeboten (Heckman 2008), nehmen diese aber nur selten wahr (Cornelissen et al. 2015). Daher sollten gerade Zuwanderer gezielt über frühkindliche Bildungsangebote informiert werden. Langfristig erscheint es sinnvoll, allen Kindern ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Platz in einer Betreuungseinrichtung anzubieten.

Für Erwachsene hat sich gezeigt, dass die systematische Identifikation von Qualifikationen und Kenntnissen der Flüchtlinge und darauf abgestimmte Beratungs- und Trainingsangebote Integration beschleunigen kann. So zeigen Sarvimäki and Hämäläinen (2015), dass die Einführung von individuellen Integrationsplänen in Finnland das Arbeitseinkommen von zunächst arbeitslosen Zuwanderern erhöht und den Bezug von Transferleistungen verringert hat. Die Integrationspläne legen dabei verpflichtend fest, an welchen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ein arbeitsloser Zuwanderer teilnehmen muss.

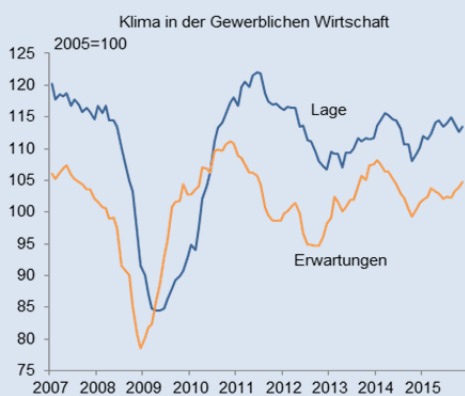
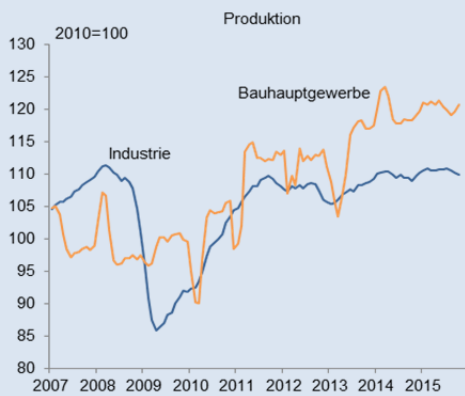
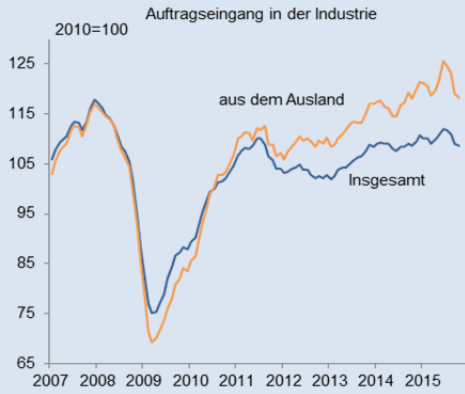
*Dieser Kasten wurde maßgeblich von Sebastian Braun, IfW Kiel, und Tobias Stöhr, IfW Kiel, verfasst. — ^aZum Vergleich: In Deutschland insgesamt lag die Beschäftigungsquote unter den 15- bis 64-Jährigen im Jahr 2014 bei rund 80 Prozent.

Inhalt

1. Konjunkturindikatoren	16
2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung	17
3. Außenwirtschaft	20
4. Inländische Verwendung	22
5. Wirtschaftsbereiche	24
6. Löhne	25
7. Beschäftigung	26
8. Öffentliche Finanzen	27
9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit	28
10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2014–2017	29
11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	30

1. Konjunkturindikatoren

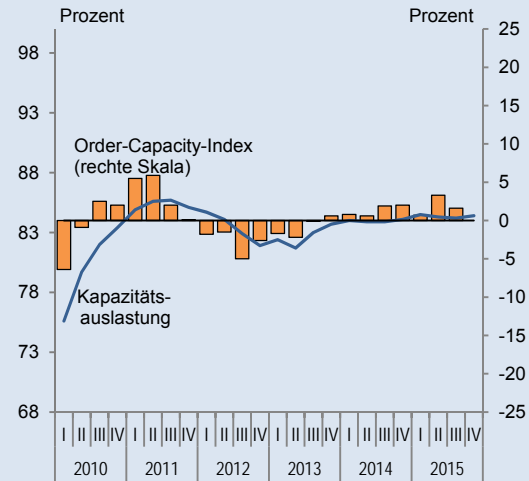
Abbildung 1.1:
Konjunkturindikatoren 2007–2015



Monatsdaten, saisonbereinigt. Auftragseingang und Produktion als gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

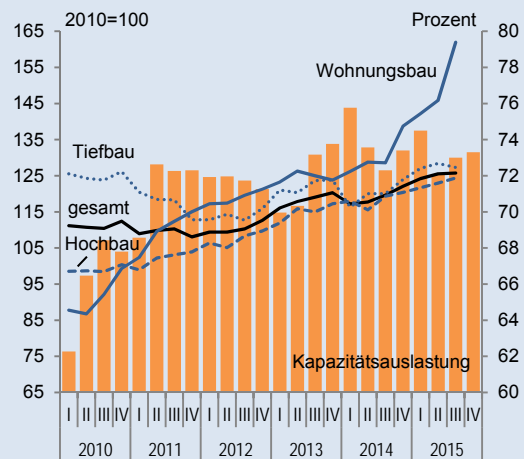
Abbildung 1.2:
Kapazitätsauslastung 2010–2015



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe (Achse schneidet bei Normalauslastung).

Quelle: EU-Kommission, *Konjunkturumfrage bei Unternehmen und Verbrauchern*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*.

Abbildung 1.3:
Auftragslage und Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe 2010–2015

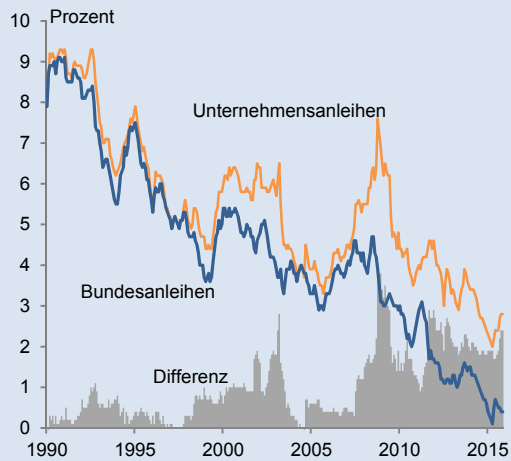


Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung: saisonbereinigt, rechte Skala (2015-Q3: Jul./Aug.); Auftragsbestände: preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven*.

2. Monetäre Rahmenbedingungen und Preisentwicklung

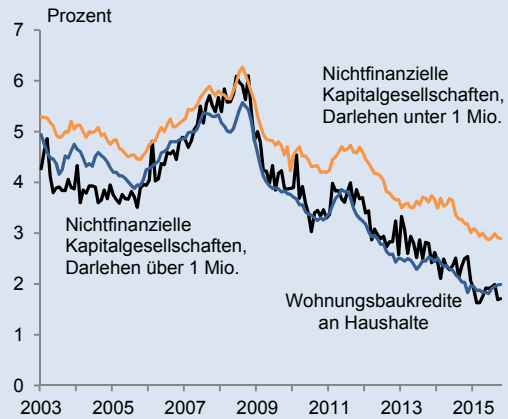
Abbildung 2.1:
Kapitalmarktzinsen 1990–2015



Monatsdaten, Renditen; Unternehmensanleihen mit mittlerer Restlaufzeit von über drei Jahren; Bundesanleihen mit 5-jähriger Laufzeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen.

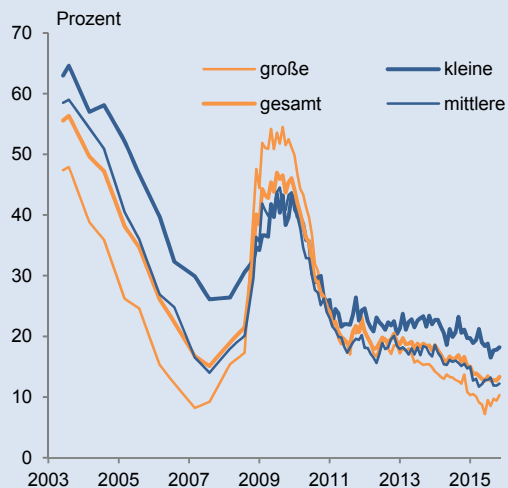
Abbildung 2.2:
Darlehenszinsen 2003–2015



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

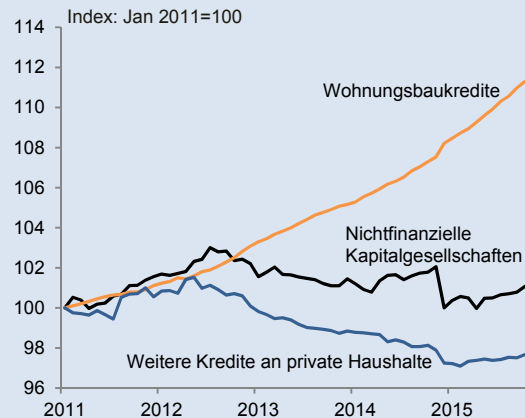
Abbildung 2.3:
Kredithürde nach Unternehmensgröße 2003–2015



Monatsdaten ab November 2008; Anteil der Firmen, die über eine restriktive Kreditvergabe seitens der Banken berichten.

Quelle: ifo, *Schnelldienst*.

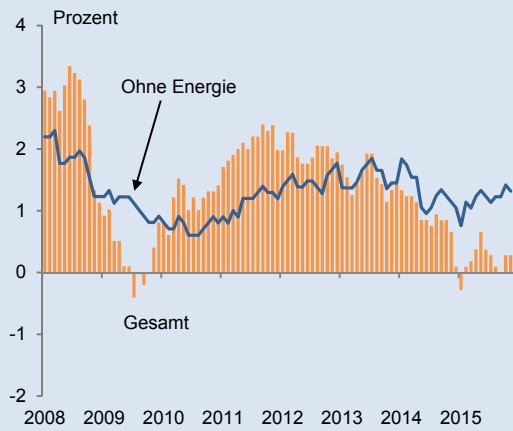
Abbildung 2.4:
Kreditsumme 2011–2015



Monatsdaten.

Quelle: Thomson Reuters Datastream.

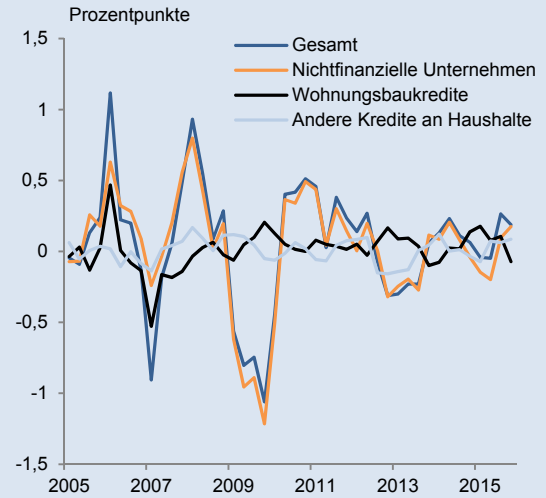
Abbildung 2.5:
Verbraucherpreise 2008–2015



Monatsdaten, saisonbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

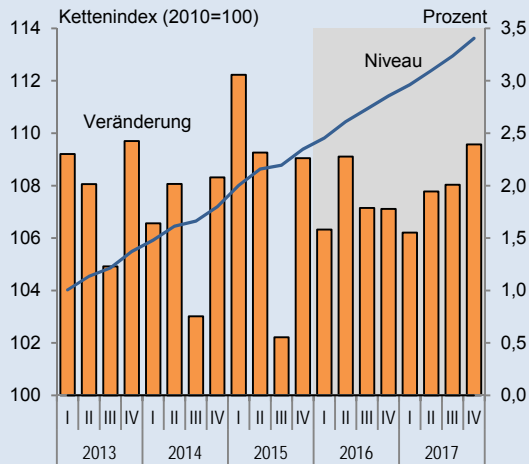
Abbildung 2.6:
Kreditimpuls 2005–2015



Quartalsdaten; Berechnung folgt Biggs et al. (2009).

Quelle: Thomson Reuters Datastream.

Abbildung 2.7:
Deflator des Bruttoinlandsprodukts 2013–2017



Quartalsdaten, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 2.1:
Rahmendaten für die Konjunktur 2014–2017

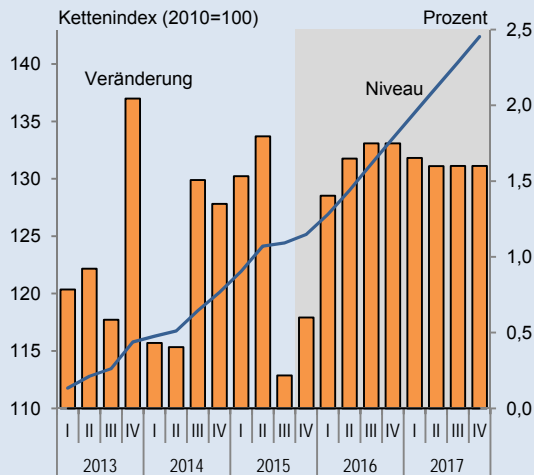
	2014				2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,25	0,23	0,10	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05	0,05
Langfristige Zinsen	1,7	1,4	1,1	0,8	0,4	0,53	0,6	0,5	0,6	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0
US-Dollar/Euro	1,37	1,37	1,33	1,25	1,13	1,10	1,12	1,09	1,09	1,09	1,09	1,09	1,09	1,09	1,09	1,09
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	87,1	87,2	86,1	85,5	83,1	82,4	83,2	82,7	82,4	82,2	82,0	81,8	81,7	81,8	81,9	82,0
Exportmärkte	0,3	0,4	0,6	0,5	0,6	0,5	0,4	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Rohölpreis	107,9	109,8	102,1	76,0	54,1	62,10	49,9	45,0	45,1	47,0	50,0	52,0	54,0	57,0	60,0	62,0

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 37 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtabsatz, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

3. Außenwirtschaft

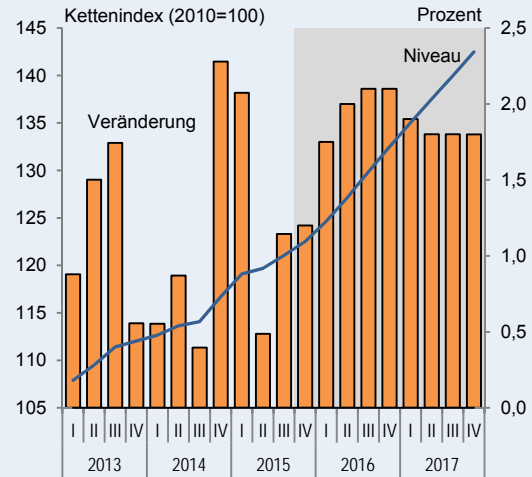
Abbildung 3.1:
Exporte 2013–2017



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

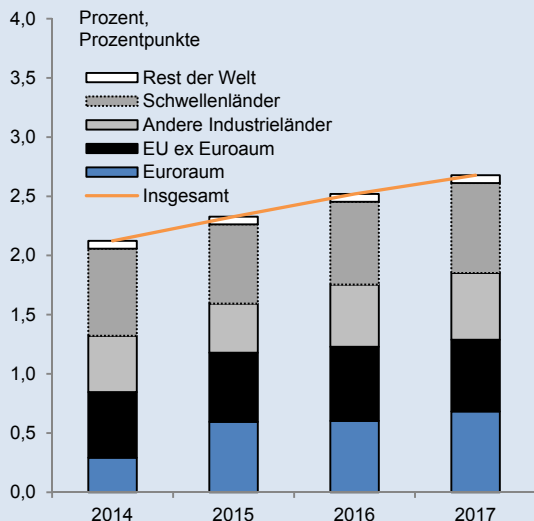
Abbildung 3.2:
Importe 2013–2017



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

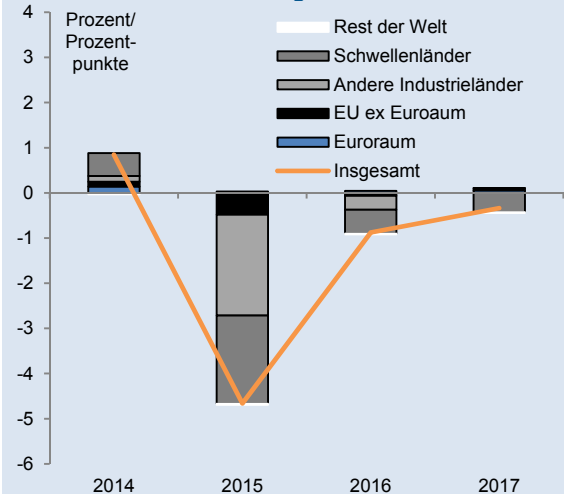
Abbildung 3.3:
Deutsche Exportmärkte 2014–2017



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; nationale Quellen; 2015–2017: Prognose des IfW.

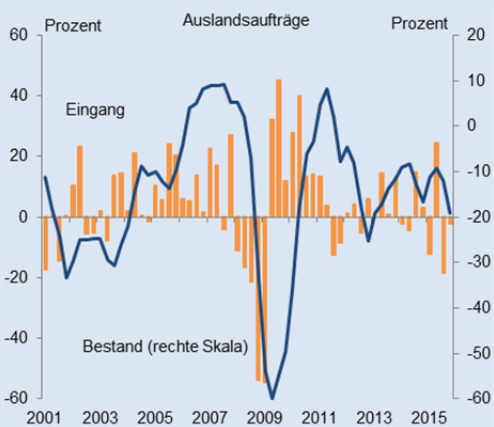
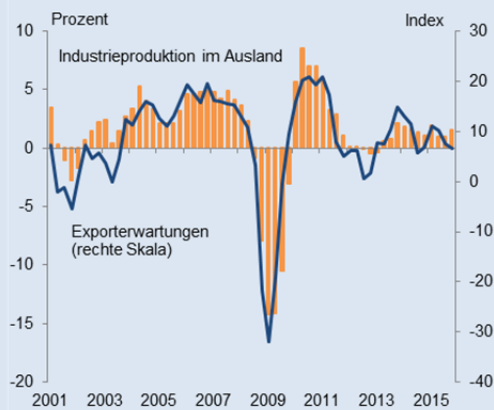
Abbildung 3.4:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit 2014–2017



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 56 Handelspartnerländern der Deutschen Bundesbank; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank; nationale Quellen; eigene Berechnungen; 2015–2017: Prognose des IfW.

Abbildung 3.5:
Exportindikatoren 2001–2015

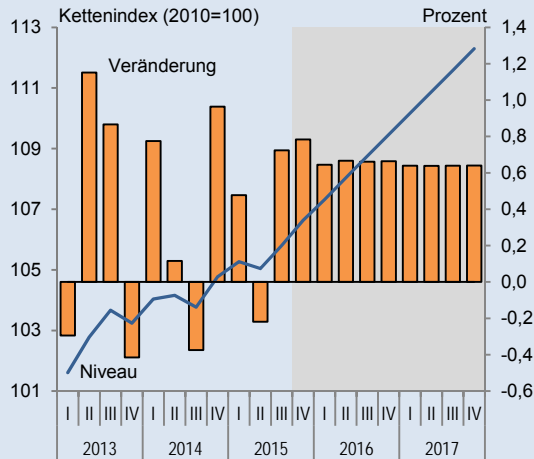


Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragszugang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, die über außerordentlich hohe Auftragsbestände berichten; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exportorerwartungen, Auftragsbestand (Auftragszugang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (entspricht dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Financial Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

4. Inländische Verwendung

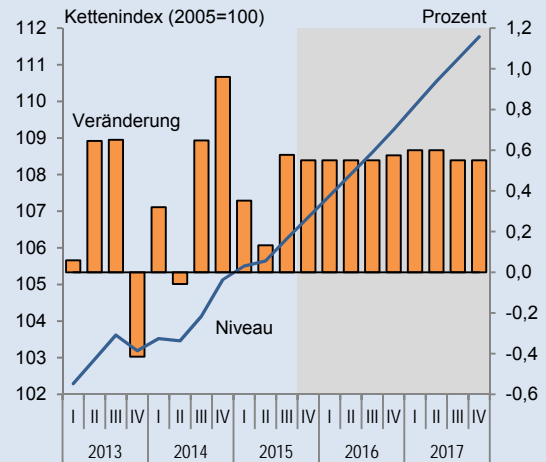
Abbildung 4.1:
Letzte inländische Verwendung 2013–2017



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

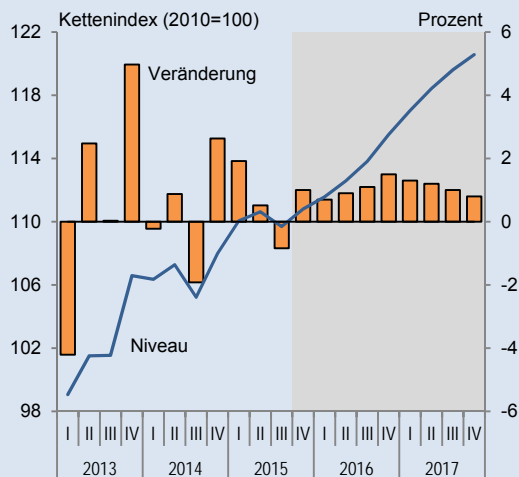
Abbildung 4.2:
Private Konsumausgaben 2013–2017



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

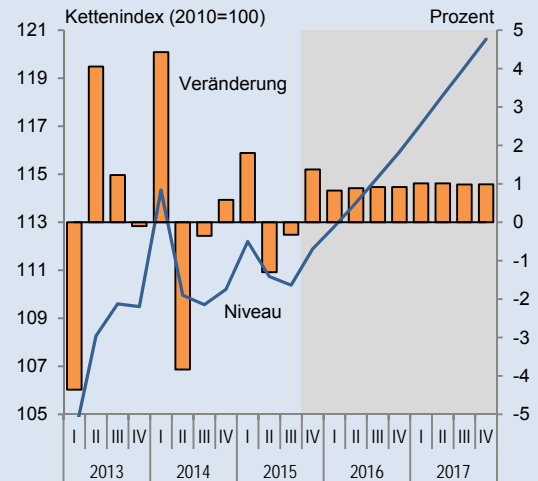
Abbildung 4.3:
Ausrüstungsinvestitionen 2013–2017



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

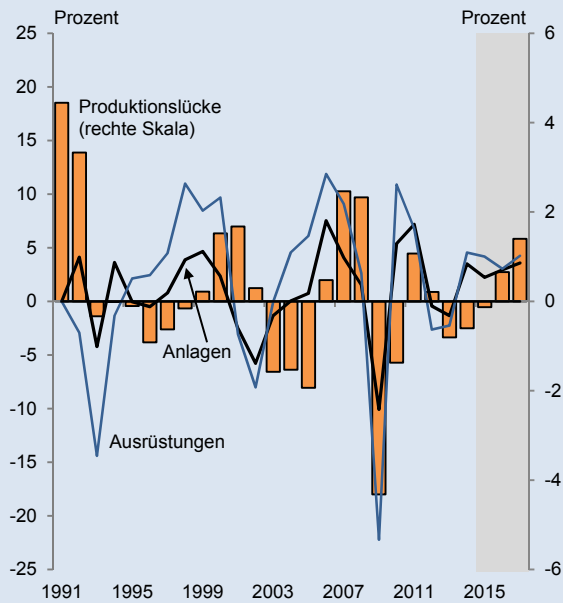
Abbildung 4.4:
Bauinvestitionen 2013–2017



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 4.5:
Investitionszyklen 1991–2017



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr; Produktionslücke: in Prozent des Produktionspotenzials.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 4.1:
Anlageinvestitionen 2014–2017

	2014	2015	2016	2017
Anlageinvestitionen	3,5	2,2	2,9	3,6
Unternehmensinvestitionen	3,7	2,4	2,6	3,4
Ausrüstungen	4,5	4,2	3,0	4,3
Wirtschaftsbau	2,3	-2,1	1,4	1,9
Sonstige Anlagen	3,1	2,7	2,7	3,0
Wohnungsbau	3,3	2,7	3,6	4,0
Öffentlicher Bau	2,7	-1,9	3,6	3,3
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	2,9	0,8	3,0	3,3

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

5. Wirtschaftsbereiche

Tabelle 5.1:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 2015–2016

	2015			2016		
	II	III	IV	I	II	III
	Saison- und kalenderbereinigte Werte: Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent					
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,3	0,5	0,6	0,6	0,6
Bruttowertschöpfung	0,3	0,2	0,5	0,6	0,6	0,6
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	0,8	-0,1	-0,2	0,5	0,7	0,7
Verarbeitendes Gewerbe	0,6	-0,2	-0,2	0,5	0,7	0,7
Baugewerbe	-1,0	-0,7	1,3	1,0	1,0	1,0
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-0,4	0,3	1,0	0,8	0,8	0,8
Information und Kommunikation	1,9	0,8	1,6	1,3	1,2	1,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-1,5	-0,6	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,4	0,9	0,5	0,5	0,5	0,5
Unternehmensdienstleister	1,3	0,5	1,1	0,8	0,7	0,7
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	-0,4	0,2	0,6	0,5	0,5	0,5
Sonstige Dienstleister	0,4	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2

Quartalsdaten, preisbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

6. Löhne

Abbildung 6.1:
Reale Lohnstückkosten 1991–2017



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 6.1:
Löhne und Produktivität 2014–2017

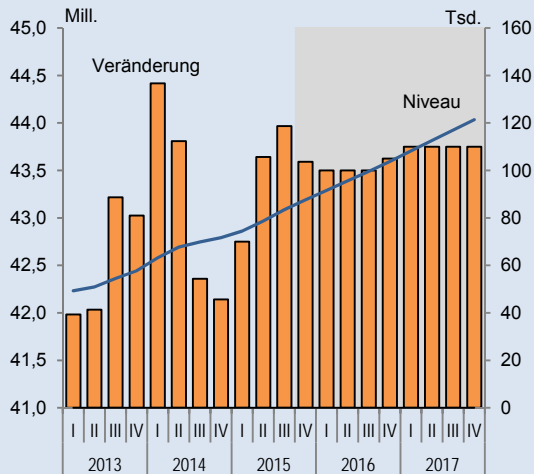
	2014	2015	2016	2017
<i>Stundenkonzept</i>				
Tariflöhne	3,0	2,4	2,6	2,9
Effektivlöhne	2,1	2,4	2,2	3,2
Lohndrift	-0,9	0,0	-0,4	0,3
Lohnkosten	2,0	2,2	2,1	3,0
Arbeitsproduktivität	0,4	0,6	1,2	1,4
Lohnstückkosten	1,7	1,6	0,9	1,6
Lohnstückkosten (real)	-0,1	-0,4	-0,9	-0,2
<i>Personenkonzept</i>				
Tariflöhne	2,9	2,4	2,6	2,9
Effektivlöhne	2,7	2,9	2,3	3,0
Lohndrift	-0,2	0,6	-0,3	0,1
Lohnkosten	2,6	2,8	2,1	2,9
Arbeitsproduktivität	0,7	1,0	1,3	1,3
Lohnstückkosten	1,9	1,8	0,9	1,6
Lohnstückkosten (real)	0,2	-0,2	-0,9	-0,3

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Deutsche Bundesbank, *Tarifverdienststatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

7. Beschäftigung

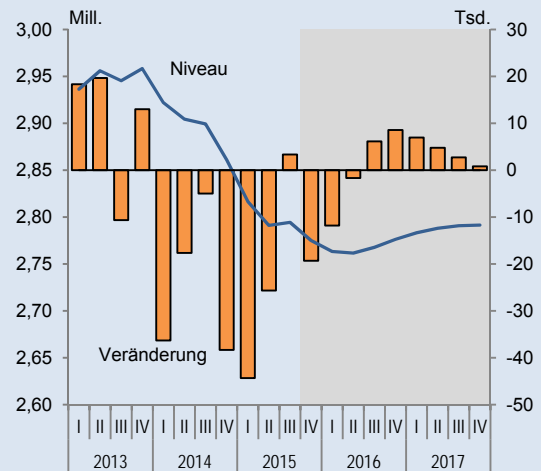
Abbildung 7.1:
Erwerbstätige 2013–2017



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 7.2:
Arbeitslose 2013–2017



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Tabelle 7.1:
Beschäftigung 2013–2017 (1 000 Personen)

	2013	2014	2015	2016	2017
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	57 639	58 349	59 037	59 636	60 188
Erwerbstätige (Inland)	42 328	42 703	43 027	43 441	43 870
Selbständige	4 459	4 397	4 301	4 255	4 215
Arbeitnehmer (Inland)	37 869	38 305	38 726	39 186	39 655
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	29 729	30 219	30 801	31 154	31 649
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	5 018	5 028	4 843	4 811	4 811
Pendlersaldo	59	63	68	67	67
Erwerbstätige (Inländer)	42 269	42 639	42 959	43 375	43 804
Arbeitnehmer (Inländer)	37 810	38 242	38 658	39 120	39 589
Registrierte Arbeitslose	2 949	2 897	2 794	2 767	2 788
Arbeitslosenquote (Prozent)	6,9	6,7	6,4	6,3	6,3
Erwerbslosenquote (Prozent)	4,9	4,7	4,3	4,0	3,7

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

8. Öffentliche Finanzen

Tabelle 8.1:
Einnahmen und Ausgaben des Staates 2013–2017 (Mrd. Euro)

	2013	2014	2015	2016	2017
Einnahmen	1 252,5	1 299,6	1 351,4	1 389,3	1 447,6
➤ relativ zum BIP	44,4	44,6	44,6	44,0	44,0
Steuern	637,4	659,6	692,9	712,2	744,4
➤ relativ zum BIP	22,6	22,6	22,9	22,6	22,6
Sozialbeiträge	464,9	481,9	501,3	518,2	541,6
➤ relativ zum BIP	16,5	16,5	16,6	16,4	16,5
Sonstige Einnahmen	150,1	158,1	157,2	159,0	161,6
➤ relativ zum BIP	5,3	5,4	5,2	5,0	4,9
Ausgaben	1 255,6	1 290,7	1 322,9	1 387,1	1 441,8
➤ relativ zum BIP	44,5	44,3	43,7	44,0	43,8
Arbeitnehmerentgelt	218,6	224,6	231,6	239,1	245,9
Vorleistungen	135,0	138,6	143,0	148,4	153,9
Soziale Sachleistungen	227,1	240,1	254,4	273,0	286,8
Bruttoinvestitionen	63,5	63,2	64,3	67,0	70,4
Geleistete Vermögenseinkommen	56,0	51,5	46,7	43,7	42,5
Monetäre Sozialleistungen	438,6	451,0	471,3	497,5	519,2
Subventionen	24,4	25,5	26,5	27,2	27,9
Sonstige laufende Übertragungen	63,0	61,6	62,2	62,1	65,8
Vermögensübertragungen	30,6	35,9	29,3	30,4	30,8
Sonstige Ausgaben	-1,3	-1,3	-6,5	-1,3	-1,3
Finanzierungssaldo	-3,1	8,9	28,4	2,2	5,7
➤ relativ zum BIP	-0,1	0,3	0,9	0,1	0,2
Einnahmen der Gebietskörperschaften	814,7	845,1	877,7	899,4	934,8
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	813,6	844,0	876,6	898,3	933,8
Transfers der Sozialversicherung	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1
Ausgaben der Gebietskörperschaften	823,1	839,5	851,0	898,1	932,4
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	722,3	737,7	748,1	790,5	820,9
Transfers an die Sozialversicherung	100,8	101,8	103,0	107,5	111,5
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-8,5	5,6	26,6	1,3	2,4
Einnahmen der Sozialversicherung	539,7	557,4	577,7	598,6	625,4
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	438,9	455,7	474,8	491,1	513,8
Ausgaben der Sozialversicherung	534,3	554,1	575,9	597,7	622,1
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	533,3	553,0	574,9	596,6	621,0
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	5,3	3,4	1,8	0,9	3,3

Abweichungen der Summen rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, interne Arbeitsunterlage; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

9. Bruttoinlandsprodukt, Komponenten und Prognoseunsicherheit

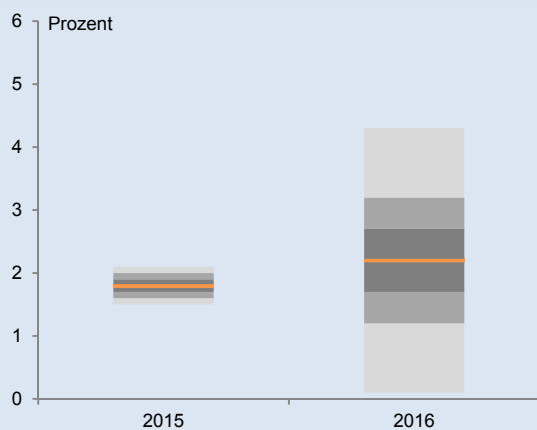
Tabelle 9.1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2015–2017

	2015				2016				2017			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,3	0,4	0,3	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Private Konsumausgaben	0,4	0,1	0,6	0,5	0,6	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5	0,6
Konsumausgaben des Staates	0,4	0,7	1,3	1,2	0,9	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	1,9	0,5	-0,8	1,0	0,7	0,9	1,1	1,5	1,3	1,2	1,0	0,8
Bauinvestitionen	1,8	-1,3	-0,3	1,4	0,8	0,9	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0
Sonstige Anlagen	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6
Vorratsveränderungen	-0,1	-0,4	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,5	-0,2	0,7	0,8	0,6	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Ausfuhr	1,5	1,8	0,2	0,6	1,4	1,6	1,7	1,7	1,7	1,6	1,6	1,6
Einfuhr	2,1	0,5	1,1	1,2	1,8	2,0	2,1	2,1	1,9	1,8	1,8	1,8
Außenbeitrag	-0,1	0,6	-0,4	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	42 862	42 968	43 086	43 190	43 290	43 390	43 490	43 595	43 705	43 815	43 925	44 035
Arbeitslose	2 818	2 792	2 794	2 775	2 763	2 761	2 768	2 776	2 783	2 788	2 791	2 791

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1 3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

Abbildung 9.1:
Prognoseintervalle für die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts 2015 und 2016



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (orangene Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Konfidenzniveaus von 33, 66 und 95 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im vierten Quartal der Jahre 1994–2014).

Quelle: Eigene Berechnungen.

10. Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2014–2017

	2015	2014	2015	2016	2017
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,6	1,8	2,2	2,3
Private Konsumausgaben		0,9	2,0	2,3	2,2
Konsumausgaben des Staates		1,7	2,7	3,5	2,1
Anlageinvestitionen		3,5	2,2	2,9	3,6
Ausrüstungsinvestitionen		4,5	4,2	3,0	4,3
Bauinvestitionen		2,9	0,8	3,0	3,3
Sonstige Anlagen		3,1	2,7	2,7	3,0
Vorratsveränderung		-0,3	-0,5	-0,1	0,0
Inländische Verwendung		1,3	1,6	2,6	2,5
Ausfuhr		4,0	5,6	5,2	6,4
Einfuhr		3,7	6,0	6,7	7,6
Außenbeitrag		0,4	0,2	-0,2	0,0
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3 027,0	3,4	3,8	4,1	4,2
Private Konsumausgaben	1 634,1	1,9	2,6	3,5	3,8
Konsumausgaben des Staates	589,5	4,1	4,5	5,3	4,1
Anlageinvestitionen	606,1	5,0	3,6	4,7	5,8
Ausrüstungsinvestitionen	198,6	4,7	4,6	3,6	5,0
Bauinvestitionen	299,1	5,2	2,5	5,4	6,6
Sonstige Anlagen	108,4	4,8	4,7	4,7	5,1
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-22,0	-39,6	-44,9	-45,5
Inländische Verwendung	2 790,0	2,6	2,6	4,0	4,3
Ausfuhr	1 422,7	3,9	6,7	5,3	7,9
Einfuhr	1 185,7	2,1	4,3	5,3	9,0
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		196,4	237,0	248,8	255,1
Bruttonationaleinkommen	3 093,3	3,5	3,7	4,0	4,2
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,7	2,0	1,8	1,8
Private Konsumausgaben		0,9	0,7	1,1	1,6
Konsumausgaben des Staates		2,3	1,8	1,7	2,0
Ausrüstungsinvestitionen		0,2	0,4	0,5	0,7
Bauinvestitionen		2,3	1,7	2,4	3,2
Sonstige Anlagen		1,6	2,0	2,0	2,0
Ausfuhr		-0,1	1,0	0,0	1,4
Einfuhr		-1,6	-1,6	-1,2	1,2
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		0,9	0,3	1,2	1,8
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2 265,0	3,8	4,1	4,4	4,6
Arbeitnehmerentgelt	1 543,9	3,8	3,9	3,4	4,1
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		68,3	68,2	67,5	67,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	721,1	3,8	4,4	6,6	5,6
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 759,6	2,3	2,9	3,6	3,6
Sparquote (Prozent)		9,5	9,7	9,7	9,5
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1 263,0	3,9	4,1	3,5	4,2
Effektivlohn, Stundenbasis		2,1	2,4	2,2	3,2
Lohnstückkosten, Stundenbasis		1,7	1,6	0,9	1,6
Produktivität, Stundenbasis		0,4	0,6	1,2	1,4
Arbeitslose (1 000)		2 897	2 794	2 767	2 788
Arbeitslosenquote (Prozent)		6,7	6,4	6,3	6,3
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		42 703	43 027	43 441	43 870
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		8,9	28,4	2,2	5,7
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		0,3	0,9	0,1	0,2
Öffentliche Schulden (Prozent)		74,9	70,9	68,2	64,7

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW.

11. Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erw erbstätige	0,8	1,0	1,0	1,0	0,9	1,0	1,0
Arbeitsvolumen	1,2	1,0	0,9	1,6	0,5	0,9	0,9
Arbeitszeit je Erw erbstätigen	0,4	0,1	- 0,1	0,6	- 0,5	- 0,1	- 0,1
Produktivität ¹	0,6	1,2	1,4	0,9	1,6	1,5	1,2
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,8	2,2	2,3	2,4	2,0	2,4	2,2

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 223,6	2 311,9	2 401,3	1 125,0	1 186,9	1 167,7	1 233,6
Private Haushalte ²	1 634,1	1 691,4	1 755,2	824,8	866,6	854,7	900,5
Staat	589,5	620,5	646,1	300,2	320,3	313,1	333,1
Anlageinvestitionen	606,1	634,5	671,3	302,7	331,8	321,4	349,9
Ausrüstungen	198,6	205,7	215,9	97,2	108,5	102,8	113,1
Bauten	299,1	315,3	336,0	150,3	165,0	160,6	175,5
Sonstige Anlageinvestitionen	108,4	113,6	119,4	55,2	58,4	58,0	61,3
Vorratsveränderung ³	- 39,6	- 44,9	- 45,5	- 10,6	- 34,3	- 9,5	- 36,0
Inländische Verwendung	2 790,0	2 901,5	3 027,1	1 417,1	1 484,4	1 479,7	1 547,5
Außenbeitrag	237,0	248,8	255,1	127,2	121,6	130,4	124,7
Exporte	1 422,7	1 497,9	1 616,0	730,0	767,9	791,0	825,1
Importe	1 185,7	1 249,1	1 360,9	602,8	646,3	660,5	700,4
Bruttoinlandsprodukt	3 027,0	3 150,4	3 282,2	1 544,4	1 606,0	1 610,1	1 672,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	3,1	4,0	3,9	4,1	3,8	3,8	3,9
Private Haushalte ²	2,6	3,5	3,8	3,5	3,5	3,6	3,9
Staat	4,5	5,3	4,1	5,7	4,8	4,3	4,0
Anlageinvestitionen	3,6	4,7	5,8	4,3	5,0	6,2	5,4
Ausrüstungen	4,6	3,6	5,0	3,2	3,9	5,7	4,3
Bauten	2,5	5,4	6,6	4,9	5,9	6,8	6,4
Sonstige Anlageinvestitionen	4,7	4,7	5,1	4,6	4,9	5,2	5,0
Inländische Verwendung	2,6	4,0	4,3	4,0	4,0	4,4	4,2
Exporte	6,7	5,3	7,9	4,5	6,0	8,3	7,4
Importe	4,3	5,3	9,0	4,1	6,5	9,6	8,4
Bruttoinlandsprodukt	3,8	4,1	4,2	4,2	4,0	4,3	4,1

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 063,7	2 118,4	2 163,9	1 038,2	1 080,2	1 060,1	1 103,8
Private Haushalte ²	1 532,9	1 568,9	1 603,1	767,2	801,7	783,3	819,8
Staat	530,6	549,1	560,4	270,8	278,3	276,6	283,9
Anlageinvestitionen	558,5	575,0	595,6	275,0	300,0	285,9	309,6
Ausrüstungen	194,7	200,6	209,2	94,4	106,3	99,0	110,1
Bauten	264,5	272,4	281,5	130,8	141,6	135,5	146,0
Sonstige Anlageinvestitionen	99,6	102,2	105,3	49,9	52,4	51,4	53,9
Inländische Verwendung	2 586,7	2 654,0	2 720,3	1 307,5	1 346,5	1 341,5	1 378,8
Exporte	1 354,0	1 424,9	1 515,6	696,5	728,4	744,8	770,7
Importe	1 155,0	1 232,1	1 326,3	595,7	636,4	645,4	680,9
Bruttoinlandsprodukt	2 784,5	2 846,9	2 912,2	1 407,8	1 439,0	1 441,6	1 470,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,2	2,7	2,1	2,9	2,4	2,1	2,2
Private Haushalte ²	2,0	2,3	2,2	2,5	2,2	2,1	2,3
Staat	2,7	3,5	2,1	4,1	2,9	2,1	2,0
Anlageinvestitionen	2,2	2,9	3,6	2,8	3,1	4,0	3,2
Ausrüstungen	4,2	3,0	4,3	2,7	3,3	5,0	3,6
Bauten	0,8	3,0	3,3	2,9	3,0	3,6	3,1
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	2,7	3,0	2,5	2,8	3,2	2,9
Inländische Verwendung	1,6	2,6	2,5	2,7	2,5	2,6	2,4
Exporte	5,6	5,2	6,4	4,8	5,6	6,9	5,8
Importe	6,0	6,7	7,6	6,0	7,3	8,3	7,0
Bruttoinlandsprodukt	1,8	2,2	2,3	2,4	2,0	2,4	2,2

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	0,7	1,1	1,6	1,0	1,3	1,5	1,6
Konsumausgaben des Staates	1,8	1,7	2,0	1,6	1,8	2,1	1,9
Anlageinvestitionen	1,3	1,7	2,2	1,4	1,9	2,1	2,2
Ausrüstungen	0,4	0,5	0,7	0,5	0,6	0,7	0,7
Bauten	1,7	2,4	3,2	1,9	2,8	3,1	3,2
Exporte	1,0	0,0	1,4	- 0,3	0,4	1,3	1,5
Importe	- 1,6	- 1,2	1,2	- 1,8	- 0,7	1,1	1,3
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,8	1,8	1,7	1,9	1,8	1,9

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 122,9	2 188,1	2 274,8	1 073,8	1 114,3	1 113,9	1 160,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	280,9	288,7	299,8	139,8	148,8	145,0	154,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 263,0	1 307,1	1 361,9	624,8	682,3	648,9	713,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	579,0	592,4	613,1	309,2	283,2	320,0	293,1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	439,3	482,1	514,8	219,3	262,8	238,2	276,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 562,2	2 670,3	2 789,7	1 293,1	1 377,2	1 352,1	1 437,6
Abschreibungen	531,1	546,4	562,6	272,0	274,4	279,9	282,6
Bruttonationaleinkommen	3 093,3	3 216,6	3 352,2	1 565,1	1 651,5	1 632,0	1 720,2
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 265,0	2 364,7	2 474,1	1 142,0	1 222,7	1 196,1	1 278,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	721,1	769,0	812,4	377,4	391,6	402,2	410,2
Arbeitnehmerentgelt	1 543,9	1 595,7	1 661,7	764,6	831,1	793,9	867,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,3	3,1	4,0	3,0	3,1	3,7	4,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,4	2,8	3,9	3,0	2,6	3,7	4,1
Bruttolöhne und -gehälter	4,1	3,5	4,2	3,9	3,2	3,9	4,5
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,9	2,3	3,0	2,6	2,0	2,7	3,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	2,3	3,5	1,5	3,2	3,5	3,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,2	9,8	6,8	10,8	8,9	8,6	5,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,0	4,2	4,5	4,3	4,2	4,6	4,4
Abschreibungen	2,6	2,9	3,0	2,9	2,9	2,9	3,0
Bruttonationaleinkommen	3,7	4,0	4,2	4,0	3,9	4,3	4,2
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	4,1	4,4	4,6	4,4	4,4	4,7	4,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,4	6,6	5,6	6,0	7,3	6,6	4,7
Arbeitnehmerentgelt	3,9	3,4	4,1	3,7	3,0	3,8	4,4

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 264,7	1 317,5	1 366,5	634,5	683,0	657,7	708,9
Nettolöhne und -gehälter	838,4	869,8	900,9	411,4	458,5	424,2	476,7
Monetäre Sozialleistungen	525,8	552,0	573,6	274,6	277,4	287,1	286,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	99,5	104,3	108,1	51,5	52,8	53,7	54,4
Übrige Primäreinkommen ⁴	579,0	592,4	613,1	309,2	283,2	320,0	293,1
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 84,1	- 87,4	- 92,3	- 42,1	- 45,3	- 44,5	- 47,8
Verfügbares Einkommen	1 759,6	1 822,5	1 887,3	901,5	921,0	933,1	954,2
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	50,6	51,6	52,7	25,5	26,2	26,0	26,7
Konsumausgaben	1 634,1	1 691,4	1 755,2	824,8	866,6	854,7	900,5
Sparen	176,1	182,7	184,8	102,1	80,6	104,5	80,4
Sparquote (%) ⁶	9,7	9,7	9,5	11,0	8,5	10,9	8,2

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,9	4,2	3,7	4,5	3,9	3,7	3,8
Nettolöhne und -gehälter	3,8	3,7	3,6	4,2	3,3	3,1	4,0
Monetäre Sozialleistungen	4,0	5,0	3,9	4,8	5,1	4,6	3,3
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,9	4,8	3,6	4,3	5,3	4,2	3,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	2,3	3,5	1,5	3,2	3,5	3,5
Verfügbares Einkommen	2,9	3,6	3,6	3,5	3,7	3,5	3,6
Konsumausgaben	2,6	3,5	3,8	3,5	3,5	3,6	3,9
Sparen	5,1	3,7	1,2	2,4	5,5	2,3	- 0,3

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
 Vorausschätzung für die Jahre 2015 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	692,9	712,2	744,4	356,4	355,8	372,4	372,0
Sozialbeiträge	501,3	518,2	541,6	251,5	266,6	262,6	279,0
Vermögenseinkommen	21,9	20,8	20,8	11,7	9,1	11,7	9,1
Sonstige Transfers	19,4	19,4	19,4	8,9	10,5	8,9	10,5
Vermögenstransfers	12,3	12,6	12,8	5,3	7,3	5,5	7,4
Verkäufe	103,3	106,0	108,3	49,8	56,2	50,9	57,4
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 351,4	1 389,3	1 447,6	683,8	705,5	712,1	735,4
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	397,5	421,4	440,7	202,1	219,3	211,9	228,8
Arbeitnehmerentgelt	231,6	239,1	245,9	114,6	124,5	117,9	128,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	46,7	43,7	42,5	22,8	20,8	22,2	20,2
Subventionen	26,5	27,2	27,9	13,5	13,7	13,9	14,0
Monetäre Sozialleistungen	471,3	497,5	519,2	247,4	250,1	259,9	259,2
Sonstige laufende Transfers	62,2	62,1	65,8	37,0	25,1	39,2	26,5
Vermögenstransfers	29,3	30,4	30,8	11,5	19,0	11,6	19,2
Bruttoinvestitionen	64,3	67,0	70,4	28,8	38,2	30,3	40,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 6,5	- 1,3	- 1,3	- 0,5	- 0,8	- 0,5	- 0,8
Insgesamt	1 322,9	1 387,1	1 441,8	677,3	709,8	706,4	735,4
Finanzierungssaldo	28,4	2,2	5,7	6,5	- 4,2	5,7	0,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	5,0	2,8	4,5	3,0	2,5	4,5	4,5
Sozialbeiträge	4,0	3,4	4,5	3,5	3,2	4,4	4,6
Vermögenseinkommen	- 12,3	- 5,2	0,0	- 8,5	- 0,8	0,0	0,0
Sonstige Transfers	1,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenstransfers	1,5	1,9	2,0	2,5	1,5	2,6	1,5
Verkäufe	1,8	2,6	2,3	2,4	2,7	2,3	2,2
Sonstige Subventionen	- 13,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	4,0	2,8	4,2	2,9	2,7	4,1	4,2
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	5,0	6,0	4,6	6,7	5,4	4,8	4,3
Arbeitnehmerentgelt	3,1	3,3	2,8	3,4	3,1	2,8	2,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 9,4	- 6,4	- 2,7	- 6,2	- 6,7	- 2,6	- 2,9
Subventionen	4,2	2,5	2,5	2,5	2,6	2,5	2,6
Monetäre Sozialleistungen	4,5	5,6	4,4	5,4	5,7	5,1	3,7
Sonstige laufende Transfers	1,0	- 0,2	5,9	- 0,3	- 0,1	6,0	5,7
Vermögenstransfers	- 18,4	3,8	1,2	- 3,5	8,9	1,2	1,3
Bruttoinvestitionen	1,7	4,1	5,2	3,1	4,8	5,1	5,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	386,7	- 79,6	0,0	- 90,8	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	2,5	4,9	3,9	5,2	4,5	4,3	3,6

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erw erbstätigenstunde.² Einschließlich privater Organisationen ohne Erw erbszw eck.³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.⁶ Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18; eigene Berechnungen. Prognose des IfW.

Literatur

- Adserà, A., und M. Pytliková (2015). The role of languages in shaping international migration. *Economic Journal*. Im Erscheinen.
- Bevelander, P. (2011). The employment integration of resettled refugees, asylum claimants, and family reunion migrants in Sweden. *Refugee Survey Quarterly* 30 (1): 22–43.
- Biggs, M., T. Mayer und A. Pick (2009). Credit and economic recovery. DNB Working Paper 218. De Nederlandsche Bank, Amsterdam.
- Bisin, A., E. Patacchini, T. Verdier und Y. Zenou (2011). Ethnic Identity and Labor Market Outcomes of Immigrants in Europe. *Economic Policy* 26 (65): 57–92.
- Bonin, H. (2014). *Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt*. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Boysen-Hogrefe, J. (2015). Steigende Zusatzbeiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung – Eintagsfliege oder Dauerbrenner? Kiel Policy Brief 98. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Im Erscheinen.
- Boysen-Hogrefe, J., K.-J. Gern, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, M. Plödt, B. van Roye, J. Scheide, T. Schwarzmüller (2015a). Das europäische Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte – Auswertung der bisherigen Erfahrung und mögliche Reformansätze. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 7. Via Internet (10. Dezember 2015) <<https://www.ifw-kiel.de/pub/wipo/volumes/wipo7.pdf>>.
- Boysen-Hogrefe, J., N. Jannsen, M. Plödt, T. Schwarzmüller (2015b). An empirical evaluation of macroeconomic surveillance in the European Union. Kieler Arbeitspapiere 2014. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (10. Dezember 2015) <<https://www.ifw-members.ifw-kiel.de/publications/an-empirical-evaluation-of-macroeconomic-surveillance-in-the-european-union/an-empirical-evaluation-of-macroeconomic-surveillance-in-the-european-union>>.
- Boysen-Hogrefe, J., S. Fiedler, K.-J. Gern, D. Groll, P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths, M. Plödt, G. Potjagailo und U. Stolzenburg (2015c). Mittelfristprojektion für Deutschland: Expansion übersteigt die Wachstumskräfte. Kieler Konjunkturberichte Nr. 12 (2015|3). Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Cornelissen, T., C. Dustmann, A. Raute und U. Schönberg (2015). Who benefits from universal childcare? Estimating marginal returns to early childcare attendance. Mimeo.
- Cortes, K.E. (2004). Are Refugees Different from Economic Immigrants? Some Empirical Evidence on the Heterogeneity of Immigrant Groups in the United States. *The Review of Economics and Statistics* 86 (2):465–480.
- Cortes, K.E., und A. Chin (2014). The Refugee/Asylum Seeker. In B. Chiswick und P. Miller (Hrsg.), *Handbook of the Economics of International Immigration*. Vol. 1, Chapter 12. Philadelphia, Penn.: Elsevier.
- Danzer, A.M., und F. Yaman (2013). Do Ethnic Enclaves Impede Immigrants' Integration? Evidence from a Quasi-experimental Social-interaction Approach. *Review of International Economics, Special Issue: Migration and Culture* 21 (2): 311–325.
- Deutscher Städtetag (2015). Gemeindefinanzbericht 2015. Via Internet (7. Dezember 2015) <<http://www.staedtetag.de/dst/inter/publikationen/gfb/index.html>>.
- Dustmann, C. (1999). Temporary Migration, Human Capital, and Language Fluency of Migrants. *Scandinavian Journal of Economics* 101 (2): 297–314.
- Edin, P.-A., P. Fredriksson und O. Aslund (2003). Ethnic Enclaves and the Economic Success of Immigrants – Evidence from a Natural Experiment. *Quarterly Journal of Economics* 118 (1): 329–357.
- Europäische Kommission (2015a). Macroeconomic Imbalances Country Report – Germany 2015. European Economy, Occasional Papers 214, June 2015. Via Internet (10. Dezember 2015) <http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/occasional_paper/2015/pdf/ocp214_en.pdf>.
- Europäische Kommission (2015b). Alert Mechanism Report 2016. Report from the Commission, COM(2015) 691. Via Internet (10. Dezember 2015) <http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/2016/ags2016_alert_mechanism_report.pdf>.

- Europäisches Parlament (2015). Country Specific Recommendations (CSRs) for 2014 and 2015 – A comparison and an overview of implementation. Via Internet (10. Dezember 2015) <http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/542659/IPOL_STU%282015%29542659_EN.pdf>.
- Facchini, G., E. Patacchini und M. Steinhardt (2015). Migration, Friendship Ties and Cultural Assimilation. *Scandinavian Journal of Economics* 117: 619–649.
- Gemeinschaftsdiagnose (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose) (2015). *Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben*. Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2015. Berlin.
- Gern, K.-J., N. Jannsen und S. Kooths (2015a). Economic policy coordination in the euro area under the European Semester. In-Depth Analysis prepared for the Economic Dialogue with the President of the Eurogroup for the European Parliament, 27pp. Via Internet (10. Dezember 2015) <[http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/542678/IPOL_IDA\(2015\)542678_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2015/542678/IPOL_IDA(2015)542678_EN.pdf)>.
- Gern, K.-J., P. Hauber, N. Jannsen, S. Kooths und U. Stolzenburg (2015b). Weltkonjunktur vorerst weiter mit geringer Dynamik. Kieler Konjunkturberichte Nr. 13. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Via Internet (10. Dezember 2015) <https://www.ifw-kiel.de/pub/kieler-konjunkturberichte/2015/kkb_13_2015-q4_welt.pdf>.
- Groll, D. (2015). Mindestlohn: erste Anzeichen für Jobverluste. *Wirtschaftsdienst* 95 (6): 439–440.
- Hansen, J., und M. Lofstrom (2003). Immigrant Assimilation and Welfare Participation: Do Immigrants Assimilate into or out of Welfare? *The Journal of Human Resources* 38 (1): 74–98.
- Hatton, T.J. (2009). The Rise and Fall of Asylum: What Happened and Why? *Economic Journal* 119 (535): F183–F213.
- Heckman, J.J. (2008). Schools, Skills, and Synapses. IZA Discussion Paper 3515. IZA – Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (2015a). Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015. Aktuelle Berichte 14/2015. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (2015b). Flüchtlingseffekte auf das Erwerbspersonenpotenzial. Aktuelle Berichte 17/2015. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Isphording, I.E. (2014). Disadvantages of linguistic origin: Evidence from immigrant literacy scores. *Economics Letters* 123 (2): 236–239.
- Isphording, I.E. (2015). What drives the language proficiency of immigrants? *IZA World of Labor* (2015): 177.
- Keller, N., C. Gathmann und O. Monscheuer (2015). The Labor Market Integration of Refugees in Germany. Mimeo.
- Kooths, S. (2015a). Reform des Europäischen Semesters: Vielfalt macht stark! *Wirtschaftsdienst* 95 (11): 725–726. Via Internet (10. Dezember 2015) <<http://www.wirtschaftsdienst.eu/archiv/jahr/2015/11/reform-des-europaeischen-semesters-vielfalt-macht-stark/>>.
- Kooths, S. (2015b). Mehr Ernsthaftigkeit! Gastkommentar. *Handelsblatt*, 8. Dezember: 15.
- Krahn, H., et al. (2000). Educated and underemployed: Refugee integration into the Canadian labour market. *Journal of International Migration and Integration/Revue de l'integration et de la migration internationale* 1.1 (2000): 59–84.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2015). *Zukunftsfähigkeit in den Mittelpunkt. Jahresgutachten 2015/2016*. Wiesbaden.
- Sarvimäki, M., und K. Hämäläinen (2015). Integrating Immigrants: The Impact of Restructuring ALMP. *Journal of Labor Economics*. Im Erscheinen.
- Statistisches Bundesamt (2015). Leistungen für Asylbewerber. *Fachserie 13, Reihe 7*. Wiesbaden.
- Wilson, K.L., und A. Portes (1980). Immigrant enclaves: An analysis of the labor market experiences of Cubans in Miami. *American Journal of Sociology* 86 (2): 295–319.